

10. Juni  
5/ 2021  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Keine neue Verordnung +++ Corona senkt Gewerbesteuer +++ Leichte Sprache und weniger Barrieren  
+++ Keine doppelte Beteiligung am Windpark +++ AufgeSCHLOSSen für Kultur +++ Update Baustelle



Titelfoto: Cornelius Kettler

|         |                                  |   |
|---------|----------------------------------|---|
| 3       | Gastkommentar<br>AUS DEM PLENUM  | Bernd Mosebach „Wahlen im Schatten von Corona“  |
| 4       | Aktuelle Stunde                  | „Zukunft gestalten – Freiheit der Kinder und Jugendlichen bewahren und Familien fördern“ (auf Antrag der Fraktion der AfD)  |
| 5 - 13  | Auszüge aus der Original-Debatte | Dr. Ralph Weber (AfD), Sozialministerin Stefanie Drese, Daniel Peters (CDU), Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE), Julian Barlen (SPD)  |
| 14 - 23 | Berichte                         | Keine neue Verordnung<br>Corona senkt Gewerbesteuer<br>Leichte Sprache und weniger Barrieren<br>Schlagabtausch zu Demokratie<br>MV Werften: Schutzschirm in Sicht<br>Land klagt nicht gegen Notbremse   |
| 23 - 26 | Meldungen                        | Mehr Geld für Beamte<br>Rechnungshof erhält kein Rederecht im Landtag<br>Corona-Maßnahmen: Verfahren bleibt unverändert<br>Klare Regeln für Online-Prüfungen<br>Mehr Zeit für Beratungsangebote gefordert<br>Keine doppelte Beteiligung am Windpark<br>Digitale Teilhabe auf dem Prüfstand<br>Land soll für mehr Grünflächen sorgen |
| 27 - 28 | Gesetzgebung                     |   |
| 29 - 31 | AUS DEN AUSSCHÜSSEN              | Abschlussbericht der Enquete-Kommission<br>„Zukunft der medizinischen Versorgung in MV<br>Der NSU<br>Digitaler Kongress   |
| 32 - 36 | PANORAMA                         | AufgeSCHLOSSen für Kultur<br>Update Baustelle<br>Neustart für Schlossgastronomie  |
| 37 - 39 | Das Schloss vor 30 Jahren        | Viel Vergangenes schwang noch mit -<br>Vier Perspektiven auf den ersten Landtag nach der Wiedervereinigung  |
| 40      | Chronik                          |   |

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Anna-Maria Leistner

**Layout:** Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
 Redaktionsschluss: 21.05.2021



# Wahlen im Schatten von Corona



Foto: ZDF/Rico Rossival

Bernd Mosebach ist Leiter des ZDF-Landesstudios Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied im Vorstand der Landespressekonferenz

■ Am 26. September 2021 wird der 20. Deutsche Bundestag gewählt. Allein diese Wahl hat das Potential, die Aufmerksamkeit der interessierten Öffentlichkeit und der Medien vollständig auf sich zu ziehen. Immerhin geht mit dem angekündigten Rückzug der Kanzlerin nicht nur nach 16 Jahren eine Ära zu Ende. Von der politischen Bühne verschwindet möglicherweise auch die bisherige Dominanz der Volksparteien. Seit 1949 ha-

Eine Herausforderung für die Wählerinnen und Wähler, das interessierte Publikum und die Berichterstatter.

Doch keine Sorge: „Selbst die dunkelste Stunde hat nur 60 Minuten“, beruhigt Udo Lindenberg in einem seiner jüngsten Songs („Mittendrin“). Und auch ein Wahlabend hat nur sechs Stunden. Oder sieben. Oder acht – je nachdem, wann die Stimmen ausgezählt sind. Die

Zeiten, gewinnt die Wahl. Doch so sicher diese Erkenntnis scheint, so unkalkulierbar ist der politische Wettkampf in den nächsten Monaten. Das Auf- und Ab der Parteien in den Umfragen der letzten Monate zeigt, dass das Regierungshandeln, das Agieren der Opposition und die Performance des landespolitischen Spitzenpersonals je nach Lage, die sich fast wöchentlich verändert, von der potentiellen Wählerschaft stets unterschiedlich bewertet wird.

## „ Das wird ein Wahlabend! „

ben CDU/CSU und SPD die Bundesregierungen angeführt und den Kanzler oder die Kanzlerin gestellt. Mit dem rasanten Aufschwung der Grünen in den Umfragen und deren selbstbewusstem Anspruch auf die Kanzlerschaft steht im Herbst vielleicht ein Umbruch bevor, der Vieles verändern könnte.

Das wird ein Wahlabend!

Es gehört nicht viel prophetische Gabe dazu, auch die nach jetzigem Stand ebenfalls für den 26. September anvisierte Landtagswahl im Freistaat Thüringen als ziemlich spannend zu beschreiben. Ebenso die Wahl des Abgeordnetenhauses (und der Bezirksverordnetenversammlung) in Berlin. Und als wäre das noch nicht genug an packendem Stoff für diesen herbstlichen Sonntag, stellen sich auch noch im Nordosten die Parteien zur Wahl. Das wird ein Wahlabend!

Agenturen werden berichten, gewichten und einordnen, die Zeitungen, Online-Portale, die sozialen Medien, der Hörfunk und das Fernsehen ebenso. Besonders für die überregionalen Medien wird das zum Balanceakt: Wie abwägen zwischen den Meldungen aus Berlin, Schwerin und Erfurt? Der Blick auf unser Bundesland allein verlangt abendfüllende Aufmerksamkeit.

Die Corona-Krise, deren Bewertung und Bewältigung, die angewendeten oder vorgeschlagenen Lösungen für die immensen Herausforderungen, die sich daraus ergeben haben und sich weit über das Wahljahr hinaus ergeben werden – all dies beherrscht die achte Wahl zum Landtag Mecklenburg-Vorpommerns wie kein anderes Thema. Das gilt freilich auch für die anderen Wahlen an diesem Tag. Wer am glaubwürdigsten, überzeugendsten und klügsten agiert in diesen

Die Arbeit der Abgeordneten im Schweriner Landtag war in den letzten knapp anderthalb Jahren dominiert von „Corona“. Es gab den Versuch der Volksvertreter von SPD und CDU, das Handeln der von ihnen getragenen Regierung zu erklären und dennoch kritisch und parlamentarisch selbstbewusst zu begleiten. Es gab den Versuch der Opposition, mal mit konstruktivem, mal mit fundamentaloppositionellem Auftreten die Regierenden zu begleiten, sie herauszufordern und zu kontrollieren. Das Parlament hat seine Aufgabe erfüllt, auch wenn das Tempo und die Dimension der Herausforderungen zeitweise drohten, die Handlungsfähigkeit und die verfassungsrechtliche Rolle des Landtages einzuengen. Wer am Ende die Nase vorn hat, wer die Regierung bilden kann, ist so offen, wie die Frage, wann die Pandemie vorbei ist, wie viele Opfer sie fordert und was sie uns kostet.

Bernd Mosebach



Sozialministerin Stefanie Drese während der Aktuellen Stunde zum Thema „Zukunft gestalten – Freiheit der Kinder und Jugendlichen bewahren und Familien fördern“

## Kinder und der Lockdown

Landtag diskutiert über das Für und Wider der Corona-Maßnahmen

■ Nach Lust und Laune Freunde treffen. Großeltern besuchen. In die Schule oder Kita gehen. Zum Sport. Corona macht Selbstverständlichkeiten wie diese seit Monaten immer wieder unmöglich. Eine Situation, die auch Kinder und Jugendliche an den Rand ihrer Kräfte bringt. Der Kinderschutzbund und Psychologen warnen vor körperlichen und seelischen Schäden. Studien verweisen bereits auf eine Zunahme psychischer Auffälligkeiten. Die AfD rückte im Mai die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Fokus der Aktuellen Stunde. Unter der Überschrift „Zukunft gestalten – Freiheit der Kinder und Jugendlichen bewahren und Familien fördern“ mahnte sie, Kindern nicht länger Freiheit und Lebensfreude zu nehmen. Redner von SPD, CDU und DIE LINKE warfen der AfD Faktenignoranz und Scheinheiligkeit vor.

Kindern zu verbieten, mit Freunden und Familie Einschulung oder Geburtstag zu feiern, das erwecke Traumata in Kinderseelen, argumentierte **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD). Gerade in Corona-Zeiten müssten Kinderseelen besonders geschützt werden. „Ihre Maßnahmen sind das Gegenteil!“ Die Einschränkungen hätten vor allem eines bewirkt: „Wir haben einer heranwachsenden Generation Ängste aufgedrückt, die sie ein Leben lang begleiten.“ Kitas, Schulen und Vereine zu schließen bedeute auch, sich „in einem immer schlimmer werdenden Kreis“ zu drehen, in dem häusliche Gewalt viel zu lange unentdeckt bleibe. Seine Forderung: „Gebt unseren Kindern ihre Lebensfreude zurück!“

„Wir alle wissen, welche Last gerade Kindern und Jugendlichen in der Pandemie auferlegt wurde“, sagte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD). Die Einschränkungen lasteten schwer auf den schmalen Schultern. Bis zu diesem Punkt könne sie dem Anliegen der Aktuellen Stunde deshalb auch folgen. „Doch nach dieser Einschätzung scheiden sich die Geister.“ Die AfD blende in ihrer Betrachtung aus, dass die dritte Welle in besonderer Weise Kinder sowie die Generation der

Eltern erfasst habe. Die beschlossenen Schutzmaßnahmen seien keine Strategie zur Einschränkung der Freiheit. „Es ist eine Strategie, schnellstmöglich wieder Freiheiten geben zu können.“ Sobald Lockerungsschritte möglich seien, stünden Kinder und Jugendliche an oberster Stelle.

Die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder, Jugendliche und Familien seien zweifelsohne ein sehr wichtiges Thema, meinte auch **Daniel Peters** (CDU). Der von der AfD vermittelte Eindruck, Kinder würden in Unfreiheit leben, sei jedoch falsch. Die vorgetragene „Litanei“ habe aus seiner Sicht vor allem einen Grund: „Sich bei Corona-Leugnern anzubiedern“. Er warf der AfD vor, einerseits Probleme anzuprangern, andererseits aber jeder Maßnahme kritisch gegenüberzustehen. „Von Ihnen kommt keine Alternative.“

„Jedem von uns blutet das Herz, wenn wir lesen, dass Kinder und Jugendliche vereinsamen“, führte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) an. Einschränkungen aufzuheben, klinge natürlich da sehr verführerisch. Mit ihrer „Masche“, Fakten zu ignorieren und Stimmung zu machen, gefährde die AfD aber die Gesundheit

von Kindern und Jugendlichen. Sie warf der AfD vor, scheinheilig zu handeln. „Als wir im Sozialausschuss die Anhörung zum Kinderschutz beantragt haben, waren es auch Sie, die das abgelehnt haben.“

Ob Pandemie oder Klimawandel: „Sie schüren Ängste“, hielt **Holger Arppe** (fraktionslos) den Linken entgegen. Denn damit lasse sich gut regieren. „Angst war

schon immer ein gutes Mittel in autoritären Systemen.“ Bei der Rückgabe von Grundrechten zwischen Geimpften und Nicht-Geimpften zu unterscheiden, betitelte er als „eine Art Impfpapartheid“.

Nein zu Kinderrechten im Grundgesetz, nein zu einem Mindestazubilohn, skizzierte **Julian Barlen** (SPD) die Haltung der AfD im Bundestag. „Sich in diesem Lichte hier als mitfühlende politische

Kraft im Dienste der Freiheit der Kinder zu positionieren – widersprüchlicher geht es kaum.“ Echte Freiheit gehe immer mit Verantwortung einher. „Die lässt bei Ihnen zu wünschen übrig. Wenn Ihre Botschaft an Kinder, Jugendliche und Familien ist, dass jeder nur an sich selber denken und die Maske einfach runterreißen sollte, dann wird es wirklich finster im Abendland.“

Dr. Ralph Weber, AfD:

## „Die Hauptlast all dieser Pandemiemaßnahmen tragen die Mütter.“

Foto: Uwe Sinnecker



Liebe Landsleute! Wertes Präsidium! [...] Freiheit der Kinder und Jugendlichen bewahren und Familien fördern, das heißt Zukunft gestalten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Beginnen wir mal mit der Bildungspolitik, und zwar unabhängig von Corona. Das, was wir bildungspolitisch erleben [...] ist [...] ein Weg in die falsche Richtung. Ein [...] zunehmender Akademisierungswahn treibt immer mehr Schüler [...] zum Studium [...] wir müssen den Weg beenden [...] Wir müssen die klassische Schulbildung [...] wieder stärken. Wir müssen klarmachen [...]

*(Beifall Horst Förster, AfD)*

dass handwerkliche, landwirtschaftliche Berufe, kaufmännische Berufe kein Abitur voraussetzen [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...] viele Schüler, die jetzt vor ihrem Abschluss stehen, machen sich große Sorgen um ihre Zukunft [...] Deswegen die dringende Aufforderung an die Landesregierung: Tut etwas! Macht eine Ausbildungsplatzinitiative! Tut etwas dafür, dass die Firmen, die ausbilden, weiter noch stärker als bisher gefördert werden [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Liebe Kollegen [...] die Zunahme häuslicher Gewalt, thematisiert in Corona-Zeiten, allen bekannt, wenn [...] die Kitas, die Schulen und die Vereine, in denen außerhalb des häuslichen Bereichs Spuren solcher häuslichen Gewalt festgestellt werden können, geschlossen bleiben, dann drehen wir uns in einem [...] Kreis, der es ermöglicht, dass häusliche Gewalt zu lange unentdeckt bleibt. [...]

Und in Corona-Zeiten, liebe Freunde, Frau Oldenburg von den LINKEN hatte mal hier die treffenden Worte gesagt: Das, was wir hier machen, das ist Freiheitsberaubung an Kindern. Lasst unsere Kinder doch wieder Kinder sein, lasst sie unbeschwert spielen, und zwar mit den Kindern, mit denen sie spielen wollen!

*(Beifall Horst Förster, AfD)*

[...] die verletzlichen Kinderseelen müssen wir gerade in Corona-Zeiten schützen –, Ihre Maßnahmen, die Sie hier erheben, sind das Gegenteil. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...] Liebe Freunde, und Testungen? Man mag zu den Tests inhaltlich stehen, wie man will, aber öffentliche Testungen vor der Schule, die mit einer Stigmatisierung einhergehen [...] das ist etwas Grausames, was wir unseren Kindern da zumuten. Auch da muss es andere Wege geben. Wenn [...] dann doch bitte, dass die Tests zu Hause vorgenommen werden im häuslichen Kreis und nur der Teststab dann mit in die Schule oder in die Kita gebracht wird.

*(Beifall Horst Förster, AfD)*

Alles andere ist unnötige Stigmatisierung, ist Angstverbreiten auf dem Rücken der Unschuldigen, der Kinder, die das so wirklich nicht verdient haben.



[...] Familien fördern? Die Hauptlast all dieser Pandemie-maßnahmen tragen die Mütter. [...] Mutter ist nicht nur [...] jemand, der Kinder auf die Welt bringt und dann möglichst schnell wieder in das Arbeitsleben eingruppiert wird [...] Mutter ist eine Ganztagsaufgabe. Mutter ist [...] vielleicht der wichtigste Beruf,

*(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)*

den wir in diesem Land haben. Wir müssen endlich verstehen, dass wir eine solche Förderung von Familien, von Müttern [...] durch unsere Maßnahmen umsetzen. Alle unsere

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zurufe von Julian Barlen, SPD,  
und Martina Tegtmeier, SPD)*

[...] Anträge, die in diese Richtung gegangen sind, Familiendarlehen, Rückkehrrecht auf Vollzeit nach der Pflege von Kindern oder Eltern, die Familien bei Grunderwerbssteuern entlasten, wenn sie sich ein Eigenheim zulegen wollen, das Willkommensgeschenk für Mütter, dann die Teilzeitarbeit, kein geringeres Entgelt bei Teilzeitarbeit zwischen den Geburten zweier Kinder [...] alle unsere Anträge – insgesamt über 20 – sind abgelehnt worden! So sieht die Familienförderung dieser Regierung aus!

*(Minister Harry Glawe: Na, na, na, na!)*

Und das ist ein Irrweg, den man dringend beenden muss zum Wohl unserer Kinder und damit zum Wohl unserer Zukunft! – Danke!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*



*Abgeordnete der Fraktion AfD im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.  
Foto: Uwe Sinnecker*

Ministerin Stefanie Drese:

„Die Pandemie verlangt von uns allen solidarischeres Handeln.“



*Foto: Uwe Sinnecker*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir alle wissen, welche Last gerade Kindern und Jugendlichen in der Pandemie insgesamt, aber gerade auch mit dem Lockdown der letzten Wochen auferlegt wurde und auferlegt wird. [...] Die restriktiven Einschränkungen der Kontakte lasten schwer auf den schmalen Schultern, bei vielen gehen Fröhlichkeit und Unbeschwertheit verloren, gerade die sozial Schwächeren drohen mancherorts den Anschluss zu verlieren.

[...]

Die Pandemie verlangt von uns allen solidarischeres Handeln und ein echtes Miteinander, man kann das auch „Fürsorge“ nennen. Wir alle sind aufgefordert, alles Erdenkliche zu tun, um gemeinsam mit den Familien und den Kindern und Jugendlichen verantwortlich und schnellstmöglich einen Weg heraus aus der Pandemie zu finden und gleichzeitig deren Folgen erträglich zu gestalten. Dabei können und müssen wir über Maßnahmen diskutieren, keine Frage.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Wir müssen Entscheidungen abwägen, und da hat jeweils ein Virologe andere Gründe zur Sicht auf die Pandemie als ein Kinder- und Jugendpsychologe. Aufgabe von Politik ist es dabei, auf Basis vieler Einzelmeinungen Entscheidungen zu treffen. Und ganz oben steht dabei der Gesundheitsschutz, da es darum geht, Menschenleben zu schützen, weil es darum geht zu verhindern, dass die Intensivstationen überfüllt sind. Dort – und zwar in dieser dritten Welle stärker als in den beiden Wellen zuvor – liegt dann auch der Familienvater oder die Alleinerziehende mit zwei Kindern im Schul- und Kitaalter. [...]



Die Pressetribüne sowie die Besuchertribüne werden pandemiebedingt zur Wahrung der Abstände nicht voll besetzt.

Foto: Uwe Sinnecker

Wir mussten gerade mit dem aktuellen Lockdown und den Kita- und Schulschließungen noch einmal einen sehr harten Eingriff auch in das Leben von Kindern und Jugendlichen vollziehen. Dafür waren im Wesentlichen drei Gesichtspunkte ausschlaggebend:

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Da haben Sie aber ein schlechtes Bild von  
Freiheit, Frau Drese, ein sehr schlechtes!)*

Zum Ersten. Auf der Basis der im Land vorhandenen wissenschaftlichen Expertise sollte mit der massiven Reduzierung von Kontakten möglichst bis Mitte Mai wieder ein beherrschbares Pandemieszenario für das gesamte Land erreicht werden. [...]

Zum Zweiten. Kinder und Jugendliche spielen in der dritten Welle der Pandemie eine ganz andere Rolle als in der ersten und zweiten Welle. Die Inzidenzen in diesem Bereich waren in den Wochen vor dem Lockdown erheblich gestiegen. Phasenweise war die Inzidenzzahl in der Gruppe der 5- bis 14-Jährigen am höchsten. [...]

Und zum Dritten. Jedes weitere Zögern hätte den Kampf gegen die Pandemie im Land noch weiter nach hinten verlagert. Es ging und geht deshalb darum, schnell die dritte Welle zu brechen, um dann im Verbund mit den fortschreitenden Impfungen möglichst zügig wieder Lockerungs-

schritte gehen zu können. Und hier, das hat die Landesregierung immer wieder betont, haben Kinder und Jugendliche für uns oberste Priorität!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Daniel Peters, CDU)*

All dies ist keine Strategie zur Einschränkung der Freiheit, es ist eine Strategie, schnellstmöglich wieder Freiheiten geben zu können.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

Daniel Peters, CDU:

„Umso länger die Pandemie andauert und der damit verbundene Lockdown, desto größer werden die negativen Auswirkungen.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! [...]

Ihrer Einbringung zufolge wollen Sie also die Auswirkungen der Pandemie für die Kinder, Jugendlichen und Familien hier erörtern. [...] Bei dem, was Sie aber gesagt haben, Professor Weber, haben Sie mal wieder die gleiche Litanei vorgetragen, [...] um damit nichts anderes zu tun, als sich bei den Corona-Leugnern anzubiedern. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Horst Förster, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)*

[...] was ich noch viel dramatischer finde, ist dieser angemeldete Titel, der ja suggerieren möchte, dass Kinder und Jugendliche in diesem Land in Unfreiheit leben,

*(Dr. Ralph Weber, AfD: Tun sie ja auch zum Teil.)*

als würden Sie in einem [...] diktatorischen Land leben und Kinder wären Opfer staatlicher Willkür.

*(Horst Förster, AfD: Es ist egal, wie sie eingesperrt sind, Herr Peters!)*

[...]

*(Horst Förster, AfD: Es ist egal, wie sie eingesperrt sind!)*

[...]

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...] Sie wollen sich aus einem einzigen Grund hier anbieten, und das ist der parteipolitische Profit, meine Damen und Herren. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

[...]

*(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Dr. Ralph Weber, AfD)*

[...]

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Und deswegen, einen Ihrer Zwischenrufe habe ich sehr wohl vernommen, als es um die Definition von „Freiheit“ ging. [...] Und Sie sympathisieren ja auch mit einigen Ländern [...] wo ich wirklich ernsthaft in Sorge bin, ob da Kinder und Jugendliche in Freiheit leben

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sagen Sie doch mal, welche!)*

und vor allem auch das Maß an Wohlstand erleben,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Welche? Welche? Nennen Sie die doch mal konkret!)*

wie unsere Kinder und Jugendlichen das in Deutschland dürfen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Welche Länder?)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Werden Sie doch mal konkret!)*

[...] Und ja, es wird deutlich, umso länger die Pandemie andauert und der damit verbundene Lockdown, desto größer werden die negativen Auswirkungen. [...] Kein regelmäßiger Kita- und Schulbesuch, [...] kaum Freizeitaktivitäten [...], in der Folge mehr Zeit vor dem Fernseher, der Spielkonsole oder dem Handy, [...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Weil Sie das so sagen, weil Sie von der CDU sind, oder wie? – Zuruf von Horst Förster, AfD)*



[..]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Sie haben die Maßnahmen alle auf  
den Weg gebracht und Sie haben  
den Alleinanspruch auf Kritik?)*

Ich kann Ihre Aufregung ja nachvollziehen, [..], getroffene Hunde bellen. Sie beschreiben natürlich einen kritischen Umstand, in dem wir uns befinden,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach?! –  
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

aber immer wieder fällt mir an dieser Stelle auf, jede Maßnahme, die [..] getroffen wird, [..]

*(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

um diese Pandemie zu bekämpfen, stellen Sie infrage. Sie stellen sogar das Impfen infrage.

*(Dr. Ralph Weber, AfD:  
Das hat keiner von uns infrage gestellt. –  
Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,  
und Jens-Holger Schneider, AfD)*

[..]. Von Ihnen kommt keine Alternative, obwohl Sie sich diesen Namen geben.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Ich glaube, Sie haben den  
Redenschreiber von Frau Schwesig.)*

[..]

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Meine Damen und Herren.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

Aber zurück zu den Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche: Da gibt es entsprechende Studien,

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD –  
Glocke der Vizepräsidentin)*

und natürlich müssen wir diese Studien und deren Ergebnisse natürlich auch hier deutlich machen. Im Vergleich zum Frühling vergangenen Jahres

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

hat sich beispielsweise die tägliche Dauer der sportlichen Aktivität deutlich verringert [..].



Franz-Robert Liskow, CDU-Fraktion

Foto: Uwe Sinnecker

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Da haben  
wir ja noch einen Antrag dazu. Da können  
Sie ja dann zustimmen. Das ist ja toll.)*

Andere Studien hingegen zeigen die psychischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche. [..]. Kinder und Jugendliche haben zunehmend mit psychischen und psychosomatischen Beeinträchtigungen zu kämpfen, [..].

Und, ja, auch das Thema Einsamkeit wird zunehmend ein Problem bei Kindern und Jugendlichen. [..] Und hier muss Jugend- und Sozialarbeit natürlich in Zukunft viel, viel stärker ansetzen und sich weniger mit Themen der Gendersternenchen und des Sprachdiktats aufhalten. Und deswegen sage ich, kümmern wir uns um die Kinder und nicht um den ideologischen Wahn einiger Funktionäre, [..]!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

Auch Familien sind ganz massiv von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Kinderbetreuung organisieren, Distanzunterricht, Homeschooling, Homeoffice [..] das stellt für viele Familien eine echte Bewährungsprobe dar [..].

*(Dr. Ralph Weber, AfD: Dann zeigen Sie  
doch mal, dass Sie es ernst meinen, dann  
machen Sie Schulen und Kitas wieder auf!)*

Meine Damen und Herren, es ist unstrittig, die negativen Auswirkungen für Kinder, für die Jugendlichen und für die Familien sind enorm, [..]. Das Bild, was Sie hier seitens der AfD immer so gerne zeichnen, das ist ja, als wenn wir uns das hier alle so leicht machen würden mit diesen Maßnahmen, [..],

*(Horst Förster, AfD: Wenn es denn einer wäre!)*

und der ist mit wissenschaftlicher Unterstützung und Expertise ja auch begleitet.

Foto: Uwe Sinnecker



*(Horst Förster, AfD: Allein nach Inzidenzen,  
Herr Peters, das vergessen Sie. –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Und auch

*(Horst Förster, AfD: Allein nach Inzidenzen.)*

wenn ich persönlich natürlich nicht jede Maßnahme befürworte, [...] so unterstützen ich natürlich und meine Fraktion selbstverständlich das Ziel, diese Corona-Pandemie einzudämmen [...].

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Die wir vorher abgebaut haben.)*

Und wenn Sie von Familie reden, meine Damen und Herren, dann hätte ich mir zumindest auch gewünscht, dass Sie vielleicht nicht ganz vergessen, dass auch Großeltern zu der Familie kommen. [...] und Gott sei Dank hat das ja wahnsinnig an Fahrt aufgenommen, Mecklenburg-Vorpommern gehört mit dem Saarland zusammen, wie ich gestern gehört habe, zu den Spitzenreitern, [...] damit nehmen wir ihnen die Angst, an dieser Krankheit zu leiden,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

sich zu infizieren, und sie haben die Möglichkeit, auch wieder ihre Enkelkinder zu nehmen. [...] Und deswegen, [...] war es und ist es richtig, diese Maßnahmen getroffen zu haben. Und wir kommen ja jetzt in eine neue Phase, [...] in der wir auch über Öffnungsperspektiven wieder reden [...] müssen. Was künftige Öffnungsschritte angeht, war es und ist es für die CDU immer wichtig, dass Kitas und Schulen oberste Priorität genießen. Und das hat die Ministerin zum Ausdruck gebracht, [...].

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach?!)*

[...]

*(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)*

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Herr Peters, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Daniel Peters, CDU:** [...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)*

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Ich habe Ihnen,

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)*

ich habe Ihnen, ich habe Ihnen schon Zeit gegeben. Jetzt ist Schluss! Ich schalte jetzt das Mikro aus, das tut mir leid.

**Daniel Peters, CDU:** Ich will noch einen letzten Satz ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Nein!

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:

## „Ja, die Kinder sind die Hauptleidtragenden der Krise.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wir führen heute die Aktuelle Stunde zum Thema der AfD „Zukunft gestalten – Freiheit der Kinder und Jugendlichen bewahren und Familien fördern“ durch. [...]

Und im ersten Moment klingt das sehr verlockend: Kind Kind sein lassen, Aufhebung aller Corona-Maßnahmen – ja, wir alle wünschen uns die Freiheiten für unsere Kinder und Jugendlichen zurück, dass unsere Kinder und Jugendlichen wieder unbeschwert in die Kita gehen können, zur Tagespflege oder in die Schule, ohne Distanz zu den ErzieherInnen oder LehrerInnen bewahren zu müssen, [...]. Ja, die Kinder sind die Hauptleidtragenden der Krise. [...]

Und da klingen Ihre Forderungen nach „Freiheiten für die Kinder und Jugendlichen bewahren“ oder [...] nur allzu verführerisch. [...]

Herren der AfD, aber das ist Ihre Masche. Sie ignorieren die Fakten und bieten den Menschen scheinbar einfache Lösungen. [...]

[...] bei der Corona-Krise, wo Sie meinen, Corona ist ja nicht so gefährlich, gebt den Familien ihre Freiheiten zurück. Dabei müssten Sie es besser wissen, und Sie wissen es besser. Und das mache ich Ihnen zum Vorwurf: Sie gefährden absichtlich die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen, nur um Stimmung zu machen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

Fakt ist, wir haben eine Corona-Pandemie, Fakt ist, dieser Virus gefährdet die Gesundheit der Menschen, und wir müssen immer wieder aufs Neue abwägen, welche Maßnahmen

auf der einen Seite für die Gesundheit zum Schutz vor dem Corona-Virus zu treffen sind und wie wir auf der anderen Seite unter diesen Bedingungen die Grundrechte der Menschen weitestgehend erhalten können. Und diese Abwägungen haben wir immer wieder erneut zu treffen, und es ist keine einfache Entscheidung. [...] Und passiert doch ein Fehler bei der Abwägung, dann gibt es in unserem Rechtsstaat Gerichte, die da nachjustieren.

[...] Alle Mediziner, alle, führten aus, dass die bisherigen Einschränkungen für Kinder und Jugendliche zum Schutz ihrer Gesundheit plausibel sind, nachvollziehbar und leider notwendig,

*(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)*

[...] Sie forderten, dass man sich mit diesen Problemen, die durch die Pandemie entstanden sind beziehungsweise sich verschärft haben, auseinandersetzt. [...]

Deshalb haben wir als LINKE in der letzten Woche begrüßt und [...], fordern das auch immer wieder von der Landesregierung ein, dass es Öffnungsperspektiven für die Kinder- und Jugendarbeit sowohl im digitalisierten Bereich als auch im analogen Bereich gibt,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Aber nur für Sozialarbeiter und nicht für die Kinder? Und das ist der Punkt, für die Kinder nämlich gar nicht.)*

[...] dass die Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe [...] geschützt, getestet und vorrangig geimpft werden,

*(Heiterkeit und Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[...] Das ist Kinderschutz unter Corona-Bedingungen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*





Julian Barlen, SPD:

„Generell kann man den Eindruck gewinnen, dass das Kindeswohl seitens der Corona-Kritiker instrumentalisiert wird.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] „Zukunft gestalten – Freiheit der Kinder und Jugendlichen“ – das sind natürlich wieder große Worte der AfD. Bei dem Titel dachte ich schon, na vielleicht will die AfD [...] uns mal Ihre Überlegungen vorstellen zum heutigen internationalen Tag der Hebammen, wie die Kinder einen rundum guten Start ins Leben bekommen, wie die Versorgung und Wahlfreiheit der Frauen gewährleistet wird im Spannungsfeld von Qualität, Erreichbarkeit und Finanzierbarkeit – Fehlanzeige!

Oder [...] die AfD will [...] mal zugeben, dass die Folgen des menschengemachten Klimawandels sich [...] massiv auf die Zukunft und die Freiheit von Kindern und Jugendlichen auswirken und wir gemeinsam handeln müssen. Das wäre von dem Titel [...] gedeckt, [...] – aber auch hier Fehlanzeige.

Sie haben übrigens ebenfalls verpasst, geradezurücken, warum im Januar 2021 der familienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag vehement forderte: Keine Kinderrechte ins Grundgesetz! [...]

*(Dr. Ralph Weber, AfD: Weil Kinder schon im Grundgesetz sind. Kinder sind Menschen.)*

[...] Oder auch zur Ablehnung der AfD [...] für den Mindestazubihilohn im Deutschen Bundestag [...] – Fehlanzeige, stattdessen ein rückwärtsgewandtes Familienbild, zwei halbgare Sätze zur Bildung.

Sich in diesem Lichte hier als mitfühlende politische Kraft im Dienste der Freiheit der Kinder zu positionieren – [...], widersprüchlicher geht es kaum.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Erstens [...] möchte ich anmerken, dass das, was die AfD unter Freiheit versteht, definitiv nicht das ist, was wir unter Freiheit verstehen, genauso übrigens wie das, was die AfD-Fraktion unter normal, nämlich in ein blau-braunes Raster passend, versteht, definitiv nicht das ist, was wir unter Normalität verstehen.

Und zweitens: Wir alle [...] haben Verständnis und Mitgefühl für die Lage der Kinder und Jugendlichen und deren Familien. [...] Viele von uns sind selber Eltern, erleben alles hautnah mit, jeden Tag. Die Kinder und Jugendlichen vermissen ihre Freundinnen und Freunde, wollen zum Sport, haben total Mühe mit dem Homeschooling, ihnen fällt [...] zu Hause die Decke auf den Kopf. Auch für die Eltern ist es eine schier unlösbare Aufgabe, diese ganzen Anforderungen unter einen Hut zu bekommen.

Und wir müssen [...] ganz klar sagen, dass die pandemische, nach wie vor weltweite Krise uns alle auf eine echte Probe stellt. Und deshalb möchte ich auch namens der SPD-Fraktion den Dank an alle vernünftigen, [...] mitfühlenden, [...] disziplinierten und solidarischen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern erneuern, die uns gemeinsam durch diese Krise tragen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Und das ist auch weiterhin unsere Strategie. Wir müssen gemeinsam diese Krise meistern. [...] Ministerin Drese hat dazu entsprechende Ausführungen auf den Punkt gebracht. Die psychische Gesundheit Heranwachsender kann eben nicht [...] gegen das Leben von inzwischen übrigens immer jüngeren Covid-PatientInnen auf Intensivstationen verhandelt und abgewogen werden. Wie soll das gehen? Es geht nicht um Bildung oder Gesundheit, es geht nicht um Leben oder soziale Kontakte, sondern es geht darum, alles gleichzeitig zu ermöglichen, aber [...] verantwortlich und [...] sicher.

Frau Bernhardt hat in ihrer Rede völlig zutreffend [...] dargestellt, wie vor Ostern die Altersgruppeninzidenz war. Und die war im Bereich der 5- bis 14-Jährigen nämlich entsprechend hoch [...]. Und da haben der neue Lockdown und auch der Distanzunterricht etwas gebracht. [...] Und niemand, [...] nicht nur wie die AfD behaupten kann, [...] der Verantwortung trägt für Entscheidungen, kann über solche Entwicklungen hinweggehen. Und deshalb musste die Regierung entsprechend reagieren. [...]

[...] Freiheit ist [...], ohne Einschränkungen in Kita oder Schule zu gehen, Freunde zu sehen, die ganze Familie zu treffen, zum Sport zu gehen, Konzerte zu genießen. Dass aber [...] das Ziel all dieser Einschränkungen ist, diese Freiheit möglichst schnell wiederherzustellen, das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, denn diese Freiheiten gibt es in Wirklichkeit nicht, wenn ein wirklich tödliches Virus weltweit grassiert. Ri-

sikominimierung und Freiheitenmaximierung, beispielsweise bei der Bildung, müssen [...] abgewogen werden.

Ein Kind, das nach Covid an Long Covid leidet, schwere Lungenschäden hat, das ist eine Einschränkung der Freiheit dieses Kindes, und zwar ein Leben lang. Und deshalb muss Rücksicht auf die Gesundheit [...] genommen werden [...]. [...], die Freiheit des eigenen Handelns geht immer bis zu dem Punkt, an dem die Freiheit einer anderen Person eingeschränkt wird. Und wo diese Grenze überschritten wird, da ist der Aggressor frei im Tun, aber derjenige, dessen Freiheit eingeschränkt wird, wird plötzlich unfrei.

Und da möchte ich [...] ein [...] naheliegendes Beispiel ansprechen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtages, die anwesenden Journalistinnen und Journalisten, die können sich [...] nicht frei entscheiden, [...] hier nur mit vernünftigen, die Freiheit der anderen achtenden, respekt- und rücksichtsvollen Menschen zu sein, denn es gibt die [...] AfD, die ihre [...] Rücksichtslosigkeit über die Freiheit und das Wohl aller anderen [...] stellen

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

und konsequent keine Maske tragen [...]. Und darunter leiden [...] auch die Angehörigen und die Kinder aller [...] Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtages, der Journalisten, unsere auch.

Und wenn die AfD hier [...] von Freiheit spricht, dann meint sie Asozialität [...]. echte Freiheit geht immer einher mit Verantwortung. Die lässt bei Ihnen zu wünschen übrig.

*(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)*

[...] Generell kann man den Eindruck gewinnen, dass das Kindeswohl seitens der Corona-Kritiker regelrecht instrumentalisiert wird. Ich finde es empörend, wie Kinder [...] auf Querdenkerdemos gezwungen werden,

*(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)*

teilzunehmen, in die erste Reihe gestellt werden, absichtlich zwischen dem aufgebrachten Mob und der Polizei. Das hat mit Kindeswohl überhaupt nichts zu tun.

*(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)*

UNICEF, der Deutsche Kinderschutzbund sind regelrecht alarmiert worden. Haben Sie das [...] angesprochen in Ihrer Rede [...]?

*(Zuruf von Horst Förster, AfD)*

Wenn es um die Freiheit der Kinder geht, da schauen Sie weg.

*(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)*



Foto: Uwe Sinnecker

Sie instrumentalisieren das Kindeswohl an dieser Stelle.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

Das passt aber zur – in Anführungsstrichen – Gesamtstrategie der AfD,

*(Zuruf von Holger Arppe, fraktionslos)*

die [...] die Öffentlichkeit mit immer neuen, garantiert dem aktuellen Regierungshandeln widersprechenden Positionen beglückt. Und da möchte ich [...] wiederholen: Gut, dass die AfD keine Verantwortung für dieses Land trägt!

Wir hingegen als SPD-Fraktion, als CDU-Fraktion und übrigens auch sehr konstruktiv mit der Fraktion DIE LINKE, [...] ringen [...] um den besten Weg, so viel Einschränkungen wie nötig, so viel Freiheiten wie möglich [...]. [...] und diesen Weg gehen wir weiter [...] im Interesse einer guten Zukunft aller Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)*



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

## Keine neue Verordnung

DIE LINKE scheitert mit Antrag für strengere Regeln beim Arbeitsschutz

■ Unzureichend. Diese Bewertung gibt DIE LINKE dem Arbeits- und Gesundheitsschutz im Land. Ihr Kritikpunkt: Auf dem Papier gebe es zwar viele gesetzliche Regelungen. In der Praxis hapere es jedoch an der Umsetzung. Weil Betriebe Vorschriften umgingen und Aufsichtsbehörden zu wenig Personal für Kontrollen hätten. Die Oppositionsfraktion legte dem Landtag zwölf Ansätze für Verbesserungen vor. Dazu gehörten unter anderem regelmäßige Arbeitsschutzerkklärungen an Behörden, eine Anti-stressverordnung, mehr Sanktionen bei Missachtung der Gesetze, mehr Personal für Aufsichtsbehörden und damit einhergehend mehr Kontrollen. Ausgehend davon verlangte sie von Arbeits- und Gesundheitsminister **Harry Glawe**, dem Fachausschuss zeitnah einen Bericht vorzulegen mit Empfehlungen, wie sich der Arbeits- und Gesundheitsschutz in den kommenden fünf Jahren weiterentwickeln soll. Der Antrag wurde abgelehnt.

„Fehlende Schutzkleidung, gefährliche Baustellen, Arbeitsverdichtung, monotone Arbeit, Überstunden – es gibt zahlreiche Dinge, die der Gesundheit von Beschäftigten nicht zuträglich sind“, unterstrich **Henning Foerster** (DIE LINKE). Die Arbeitsschutzaufsicht habe zwar weitreichende Befugnisse, könne Auflagen erteilen, Bußgelder verhängen oder einen Betrieb stilllegen. Die Zahl der Betriebskontrollen gehe jedoch aus Personalmangel seit Jahren zurück. „Zwischen 2002 und 2020 sank die Zahl der Personalstellen bei der Arbeitsschutzbehörde in MV von 159 auf 78.“ Mussten Betriebe 2010 im Schnitt alle zehn Jahre mit einer Besichtigung rechnen, seien es nun 20 Jahre. Sorgen bereiteten ihm vor allem psychische Belastungen am Arbeitsplatz. „Jede fünfte Krankschreibung geht auf Erkrankungen der Psyche zu-



Foto: Jens Büttner

Arbeits- und Gesundheitsschutz sind wichtig, nicht nur bei geräuschintensiver körperlicher Arbeit.

rück.“ Auch deshalb sei es unabdingbar, Arbeitszeiten zu dokumentieren. „Und schließlich müssen auch Bußgelder angemessen sein, damit sie wirken. Heute sind sie bei 25.000 Euro für einen vorsätzlichen Verstoß gedeckelt und damit viel zu niedrig.“

Wirtschafts-, Arbeits- und Gesundheitsminister **Harry Glawe** (CDU) empfahl dem Landtag, den Antrag nicht anzunehmen. „Das ist ein typischer Antrag der Linken.“ In den vergangenen Jahren habe DIE LINKE es auf 30 Anfragen zu diesem Thema gebracht – auf die das Ministerium zum Teil sehr große Detailantworten gegeben habe. Mit 78 oder 150 Leuten könne man nicht mehrere tausend Unternehmen komplett kontrollieren. „Entscheidend ist, dass die Gesetze durch die Unternehmen einzuhalten sind und auch Kontrollen stattfinden.“ Immer neue Gesetze, Verordnungen und Bußgelder zu fordern, halte er nicht für den besten Weg. „Das ist nicht zielführend und wird am Ende auch der Wirtschaft nicht gerecht.“ Er warb um Verständnis, dass zu Beginn von Corona bei der Beschaffung von Schutzausrüstungen nicht alles reibungslos verlief. „Das ist aber ganz natürlich: Wenn man eine Pandemie 100 Jahre nicht erlebt hat, dann hat man nicht alles parat.“ Niemand habe eine solche Pandemie vorausgesehen. „Ich glaube, dass Ihr Antrag heute entbehrlich ist.“

„Wir werden Ihren Antrag ablehnen“, stellte auch **Dirk Lerche** für die AfD klar. Einem Personalaufwuchs in der Arbeitsschutzbehörde hätte seine Fraktion zustimmen können. „Wir brauchen Kontrollen.“ Von einem derart großen Maßnahmenpaket halte sie dagegen nichts. „Wir finden, viele Punkte, die Sie aufgeschrieben haben, zu bürokratisch. Wir wollen Bürokratie für Unternehmen abbauen.“ Eine Antistressverordnung? „Stress ist etwas, was heutzutage zu einem Modewort geworden ist.“ Viele Menschen seien aus ihrem privaten Umfeld heraus gestresst, „bringen diese Probleme mit zur Arbeit und dann ist die Arbeit zusätzlich im Ganzen Stress“. Eine digitale Arbeitszeiterfassung lasse sich seiner Meinung nach viel zu leicht umgehen: Dann werde man sich ausstragen und anschließend einfach weiterarbeiten. „Und ob jemand gerade im Stuhl sitzt, sich richtig ernährt, sich nicht stressen lässt oder sich als Dachdecker ordentlich befestigt – das können zum Großteil nur die Arbeitnehmer selbst in die Hand nehmen, wenn sie es denn wollen.“

„Arbeitsschutz geht alle an. Das ist ein wichtiges Thema“, meinte **Christian Brade** (SPD). Er zog jedoch in Zweifel, dass der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt, so kurz vor den Wahlen, tatsächlich das Ziel verfolge, das er vorgebe. „Wenn man ihn als Unbeteiligter liest, gewinnt man leicht den Eindruck, arbeiten in MV sei lebensgefährlich.“ Dem sei keineswegs so. Er kenne viele Betriebe, die zusätzlich



zum reinen Arbeitsschutz ihren Beschäftigten auch Präventionsangebote zuteil werden ließen. „Unternehmerinnen und Unternehmer wissen um den Wert ihrer Arbeitskräfte.“ In seinen Augen tue DIE LINKE so, als sei Arbeitsschutz in Firmen ohne Betriebsrat eine Glückssache. „Das finde ich unredlich.“ Er betonte, dass die Zahl der Beschäftigten in der Arbeitsschutzbehörde seit Jahren stabil sei. Mit Einführung der länderübergreifenden Standardaufsichtsmethode habe sich der Prüfaufwand pro Betriebsbesichtigung indes beträchtlich erhöht. „Das heißt aber nichts Schlechtes, da somit ein nachhaltiges Arbeitsschutzsystem in den Betrieben gefördert wird, was häufige Kontrollen entbehrlich macht.“

Arbeits- und Gesundheitsschutz – „das ist auch aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Thema“, hob **Sebastian Ehlers** (CDU) hervor. Die Corona-Krise sei auch hier ein Brennglas für Probleme. Er halte die rechtlichen Arbeitsschutzvorgaben aber für „sehr weitreichend und sehr streng“. Im Zuge der Pandemiebekämpfung sei das Arbeitsschutzgesetz des Bundes stetig angepasst worden. Bund und Länder hätten hier sehr verantwortungsbewusst gehandelt. Er warf den Antragstellern vor, unseriös zu agieren: DIE LINKE wisse, dass der Ausschuss nur noch zweimal in dieser Legislaturperiode tage. Bis dahin werde der Bericht nicht vorliegen. Vom Minister Empfehlungen für die kommenden fünf Jahre einzufordern, sei ebenfalls schwierig. „Das muss im künftigen Koalitionsvertrag geregelt werden.“ Er versicherte, beim Grundanliegen der Linken an einem Strang zu ziehen. „Wir werden allerdings auch darauf achten, und da unterscheiden wir uns dann vielleicht etwas, dass die Unternehmen im Land nicht noch zusätzlich belastet werden.“ Weitere bürokratische Hürden dürfe es nicht geben.

„Geht es um die Bedeutung von Arbeits- und Gesundheitsschutz im Allgemeinen, dann sind sich in diesem hohen Hause scheinbar die meisten Abgeordneten erst einmal sehr schnell einig. Die Gemeinsamkeiten enden jedoch genauso schnell dort, wo es dann konkret wird, diesem Anspruch auch praktisch gerecht zu werden“, resümierte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Mangelnder

Arbeits- und Gesundheitsschutz lasse sich aber nicht wegdiskutieren: „Allein auf dem Bau starben in Deutschland im letzten Jahr bei Arbeitsunfällen fast 100 Arbeiter.“ Im Reinigungsgewerbe komme es jährlich zu 400 schweren Unfällen im Zusammenhang mit Leitern. „Und die Zahl der Krankentage aufgrund psychischer Belastungen hat sich binnen zehn Jahren verdreifacht.“ Natürlich gebe es viele Betriebe, die Arbeitsschutz vorbildlich umsetzten. Aber eben auch sehr viele, die das Thema „als lästige Pflicht“ betrachten. Er finde deshalb schon, dass der Minister mit Blick auf die vergangenen Jahre und die Pandemie im zuständigen Ausschuss Probleme analysieren und eine Art Ausblick geben sollte, Foerster.

SPD, CDU, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten lehnten den Antrag ab.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/6055

## Corona senkt Gewerbsteuer

Landtag drängt auf einen  
Ausgleich vom Bund

■ **Wenn Kommunen ihren Haushalt planen, spielen Gewerbesteuern eine wichtige Rolle: Sie sind, neben der Grundsteuer, ihre wichtigste Einnahmequelle. Die Gewerbsteuer leitet sich aus dem Gewinn eines Unternehmens ab. Im Zuge der Corona-Pandemie steht das wirtschaftliche Leben aber in vielen Punkten still. Damit brechen für Städte und Gemeinden Einnahmen weg. Für 2020 haben Bund und Länder den Kommunen diese Defizite ausgeglichen. Das erwartet der Landtag auch für 2021. Sein Blick richtet sich dabei insbesondere auf den Bund. Auf Initiative der CDU rief das Plenum die Landesregierung einstimmig auf, sich dort für entsprechende Hilfen stark zu machen.**

Weniger Gewerbesteuern, Einnahmeausfälle im öffentlichen Personennahverkehr, im Kulturbereich und bei kommunalen Angeboten wie Zoo und

Co: „Die Kommunen sind in besonderer Weise von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen“, veranschaulichte **Sebastian Ehlers** (CDU). Die Pandemie habe viele Kommunen in ihren Anstrengungen zur finanziellen Konsolidierung zurückgeworfen. „Deshalb sind sie aus unserer Sicht auch 2021 – und wahrscheinlich noch darüber hinaus – auf weitere finanzielle Unterstützung angewiesen.“ Das Land habe bereits dafür gesorgt, den Kommunen für das laufende Jahr einen Teil der Gewerbesteuerausfälle auszugleichen. Nun sei der Bund gefragt, die Länder dabei zu unterstützen und allen Gemeinden auch für 2021 einen pauschalen Ausgleich für die zu erwartenden Gewerbesteuerausfälle zu gewähren.

**Jens-Holger Schneider** (AfD) warf der Landesregierung vor, die Kommunen durch die Corona-Maßnahmen in eine schwierige Lage gebracht zu haben. „Sie haben Handel und Gewerbe offensiv darin gehindert, ihren Geschäften nachzugehen.“ Die Kommunen hätten vor der Pandemie hervorragend dagestanden. „Ihre Finanzlage war relativ gesund.“ Nun sei aber auf Jahrzehnte alles dahin. „Wegen einer Naturkatastrophe, die wohl zu einem Mythos wurde, ja, vielleicht von Anfang an ein Mythos war.“ Bevor das Land nun beim Bund um weitere Steuergelder werbe, sollte es erst einmal prüfen, ob es dafür überhaupt eine Notwendigkeit gebe. „Trotz der sogenannten Pandemie haben unsere Gemeinden



Foto: Jens Büttner

Mehr als ein halbes Jahr lang waren Gastronomiebetriebe coronabedingt geschlossen. Die fehlenden Einnahmen haben auch Folgen für die Kommunen.

das Jahr 2020 finanziell mit einem relativ ordentlichen Überschuss abgeschlossen. Das Plus beträgt laut Angaben des Statistischen Bundesamtes übergreifend 339 Millionen Euro.“ Seine Fraktion werde dem Antrag trotzdem zustimmen. „Aus pragmatischen, also utilitaristischen Gründen, weil wir uns als AfD an der Seite der Kommunen sehen und um deren Bedürfnisse wissen.“

„Die Rezepte der AfD sind nicht unsere“, erwiderte **Martina Tegtmeyer** (SPD). „Wir stehen zu unseren Maßnahmen, vor allem zu den Corona-Schutzmaßnahmen. Und wir stehen zu unserer Verantwortung, zu unseren Unternehmen und unseren Gemeinden.“ Beim Kommunalgipfel im vergangenen September habe das Land gemeinsam mit den Kommunen umfangreiche Maßnahmen zur Bewältigung der Krise verabredet. Unter anderem auch den Ersatz der Gewerbesteuerbefreiungen für 2021 – „verbunden mit der Aussage, dass sich der Bund daran wieder beteiligen soll“. Der Antrag sei deshalb eine folgerichtige Konsequenz aus den Verabredungen. Ein positiver Finanzierungssaldo für 2020 bedeute nicht, dass die Kommunen keine weiteren negativen Pandemie-Auswirkungen zu befürchten hätten. „Ganz im Gegenteil: Es ist absehbar, in welchen

Bereichen das auf jeden Fall passieren wird. Deswegen dieser Antrag. Ich finde, es durchaus gerechtfertigt, dass der Bund wieder mit in die Verantwortung genommen wird.“

„Der Antrag von CDU und SPD ist so rund und proper, dass man ihm nur zustimmen kann“, meinte **Jeannine Rösler** (DIE LINKE). „Er ist ein Statement dafür, dass Landtag und Landesregierung die Kommunen nicht im Corona-Regen allein stehen lassen – also ein typischer Rückenwind-Antrag.“ Gleichwohl klammere er jedoch wesentliche Punkte aus. „Der große Teil der Corona-Maßnahmen einschließlich der kommunalen Unterstützung wird mit Krediten finanziert werden müssen und damit die Haushalte mittel- und langfristig enorm belasten.“ Die Landespolitik müsse auch Antworten darauf haben, an welcher Stelle künftig gespart werden solle. „Finanzierungslücken drohen bekanntlich vor allem zulasten der sogenannten freiwilligen kommunalen Aufgaben zu gehen.“ Welche Spielräume werden noch möglich, welche neuen Rahmenbedingungen bei den Einnahmen nötig? „Und es stellt sich auch die Frage, welche Konsequenzen für den kommunalen Finanzausgleich bzw. für die Verbundmasse zu erwarten sind.“

Den Vorwurf der AfD, die Politik der Koalition habe den Gemeindehaushalten leere Kassen beschert, wies **Marc Reinhardt** (CDU) zurück. „Ich sage, das Gegenteil ist der Fall: Diese Koalition hat dafür gesorgt, dass in den Gemeindekassen mehr Geld ist.“ Das neue Finanzausgleichsgesetz sei eines der wichtigsten Gesetze dieser Legislatur gewesen. „Wir haben hart darum gerungen. In der Koalition. Mit den Kommunen. Hätten wir dieses Finanzausgleichsgesetz nicht verabschiedet, würde es den Kommunen heute wesentlich schlechter gehen.“ Der Überschuss höre sich natürlich zunächst nach sehr viel Geld an. Unter den 770 Gemeinden im Land gebe es aber auch 130 Gemeinden ohne ausgeglichenen Haushalt. Das Land habe seine Hausaufgaben bereits gemacht und im Nachtragshaushalt Geld für den Gewerbesteuerausgleich berücksichtigt. Nun explizit auch die Beteiligung des Bundes einzufordern, sei nur folgerichtig. „Da gibt es auch Absichtsbekundungen, dass er seinen Teil beiträgt und wir in diesem Jahr wieder dazu kommen, pauschal die Gewerbesteuerbefreiungen auszugleichen.“

*Antrag CDU/SPD  
Drucksache 7/6043*

## Leichte Sprache und weniger Barrieren

Behindertengleichstellungsgesetz nimmt Behörden in die Pflicht

■ **Finanzämter. Kreisverwaltungen. Ministerien. Landesbehörden wie diese sollen für Menschen mit Behinderungen künftig besser zugänglich werden. Außerdem müssen sie Formulare und Bescheide bei Bedarf in einfacher Sprache erklären. Das hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen – und damit im Landesbehindertengleichstellungsgesetz verankert. Dahinter steht der Ansatz, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Begleitend dazu soll der bisherige Integrationsförderrat zu einem Inklusionsförderrat weiterentwickelt werden. Den Linken gingen die Anpassungen nicht weit genug. Sie drängten unter anderem auf ein Landeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit. Um Interessierten einen barrierefreien Zugang zur Debatte zu ermöglichen, wurde diese in Gebärdensprache übersetzt und untertitelt.**

„Die Novellierung, die heute auf der Tagesordnung steht, verfolgt die Absicht, das Behindertengleichstellungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern an die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention anzupassen“, erklärte **Torsten Koplín** als Vorsitzender des Sozialausschusses. Er begrüßte es, dass die Debatte auf den europäischen Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen falle und in Gebärdensprache übersetzt werde. Der Ausschuss habe den Gesetzentwurf der Landesregierung in vier Sitzungen beraten, dabei auch eine öffentliche Anhörung durchgeführt. „Die Sachverständigen haben den Gesetzentwurf zwar grundsätzlich begrüßt, sich aber auch gleichzeitig für Änderungen ausgesprochen.“ Ein Kritikpunkt: Die Vorgaben des Landes blieben hinter der Gesetzgebung des Bundes zurück.

Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) sieht in der Weiterentwicklung des Gesetzes einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vollständigen Inklusion. Mit der Novelle setze die Landesregierung Ziffer 338 der Koalitionsvereinbarung um. „Die Botschaft lautet: Jede und jeder soll eine faire Teilhabe-Chance bekommen.“ Sie betonte aber auch, dass Inklusion damit längst noch nicht am Ziel angekommen sei. Zur vollständigen Verwirklichung gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe seien kurz- und mittelfristig in vielen Bereichen weitere Maßnahmen erforderlich – beim Bauen, im öffentlichen Nahverkehr, im Internet, beim gemeinsamen Lernen, Leben und Arbeiten. „Wichtig ist, dass hoffentlich alle verstanden haben, dass Inklusion kein schmückendes Beiwerk, sondern die Pflicht aller ist.“ Ihr Fazit: „Wir haben in dieser Legislaturperiode einiges erreicht. Doch das Fernziel ‚vollständige Inklusion‘ macht es erforderlich, dass wir am Ball bleiben, beharrlich, systematisch aufgestellt und mit dem konsequenten Einsatz aller Beteiligten.“

**Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) bemängelte, dass der Gesetzentwurf keine Kosten beziffere. „Würde so ein Antrag von den Oppositionsparteien eingebracht werden – er würde in der Luft zerrissen werden.“ Nach seinem Dafürhalten führe die Novelle nicht nur auf Landesebene, sondern auch bei Kommunen zu mehr Kosten. Deshalb hätte der Gesetzentwurf auch auf das Thema Konnexität eingehen müssen, um die Kommunen später finanziell nicht im Regen stehen zu lassen. Er unterstrich, dass die UN-Behindertenrechtskonvention vor allem im Bildungsbereich falsch verstanden werde. „In dieser Konvention steht eindeutig drin, dass jeder nach seinen Möglichkeiten am besten zu fördern und zu unterstützen ist.“ Das spreche klar dafür, Förderschulen nicht zu schließen, sondern zu erhalten. Er erneuerte die Forderung der AfD, analog zum Landesblindengeld ein Landesgehörlosengeld einzuführen. „Leider haben das alle anderen Parteien abgelehnt. Wir werden an diesem Thema dranbleiben.“

**Dr. Matthias Manthei** (CDU) ging auf zwei Punkte ein, die im Ergebnis der Ausschussberatungen und auf Bestreben



Foto: Cornelius Kettler

*Flexible Rampen sind ein Beispiel für Barrierefreiheit.*

der Koalitionsfraktionen zu Änderungen am Gesetzentwurf geführt haben. Zum einen sei die Berücksichtigung von Denkmalschutz aus dem Entwurf gestrichen worden. „Wir sind der Meinung, dass eine ausdrückliche Hervorhebung nicht erforderlich ist, weil die Regelungen im Denkmalschutzgesetz und in der Landesbauordnung hinreichend sind.“ Zum anderen enthalte der Gesetzentwurf nun eine Regelung, wonach die Mitglieder des Inklusionsförderrats für ihre ehrenamtliche Tätigkeit Anspruch auf bezahlte Freistellung von ihrer beruflichen Tätigkeit haben. „Wir meinen, dass die Novellierung trotz aller Kritikpunkte eine deutliche Verbesserung darstellt und werden daher dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen.“

DIE LINKE brachte zwei Änderungsanträge ein. Darin forderte sie weitere Änderungen. Erstens: eine Monitoringstelle. „Sie soll in Abständen dem Parlament darlegen, wie sie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einschätzt“, erläuterte **Torsten Koplín**. Zweitens: ein Landeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit. „Die Idee stammt aus der Anhörung.“ Ansatz sei, alle Zuständigkeiten zum Thema Barrierefreiheit in einer Anlaufstelle – vorzugsweise im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung – zu bündeln. Drittens: Auch Frauen- und Kinderschutzhäuser müssen barrierefrei gestaltet werden. Viertens: Die Barrierefreiheit in Behörden dürfe sich nicht auf Publikumsbereiche beschränken. Auch Beschäftigte sollten

nicht auf Barrieren stoßen. Fünftens: Schriftstücke sollten nicht erst auf Verlangen in leichter Sprache bereitgestellt werden, „sondern a priori bereitstehen“. „Ich werbe dafür, dass Sie unsere beiden Anträge, die wir hier zum Gesetzentwurf stellen, annehmen.“

„Ich finde die Anträge inhaltlich nicht wirklich schlecht. Aber wir werden sie ablehnen“, sagte **Jörg Heydorn** (SPD). „Sie schreiben die Dinge zwar inhaltlich auf. Aber was Sie schuldig bleiben, ist eine Kostenfolgeabschätzung.“ Man dürfe nicht vergessen, dass sich das Land infolge der Corona-Pandemie gerade massiv verschulde. Das werde in den kommenden Jahren eine große Rolle spielen. Mit Blick auf Steuerbescheide und andere Verwaltungsakte stelle sich für ihn in puncto ‚leichte Sprache‘ die Frage: „Lassen sich diese Dinge unter verhältnismäßigen Gesichtspunkten überhaupt realisieren?“ Er begrüßte, dass der nun vorliegende Gesetzentwurf den Denkmalschutz nicht mehr über Barrierefreiheit stelle. „Denkmalschutz kann nicht entscheiden, ob Barrieren weggebracht werden oder nicht.“ Er betonte, dass die aktuellen Anpassungen nicht das Ende der Fahnenstange seien. „Wir werden prozesshaft daran weiterarbeiten und gucken, dass wir die Dinge Schritt für Schritt entwickeln und vorantreiben.“

Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen. AfD, DIE LINKE und die fraktionslose



Abgeordnete Christel Weißig enthielten sich der Stimme. Die beiden Änderungsanträge der Linken wurden abgelehnt.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/5725*

*Beschlussempfehlung Sozialausschuss*

*Drucksache 7/6074*

*Änderungsantrag DIE LINKE*

*Drucksache 7/6109*

*Änderungsantrag DIE LINKE*

*Drucksache 7/6112*

### Stichwort: Landesbehindertengleichstellungsgesetz

Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Um das zu gewährleisten, gibt es das Gesetz zur Gleichstellung, gleichberechtigten Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen (Landesbehindertengleichstellungsgesetz). Seine Aufgabe ist es, Benachteiligungen zu beseitigen und zu verhindern. Es ist am 1. August 2006 in Kraft getreten und wurde seither dreimal geändert: 2012, 2019 und 2021. Die aktuelle Anpassung sieht unter anderem Folgendes vor:

- Landesgebäude, die neu errichtet oder in großem Umfang umgebaut werden, müssen barrierefrei sein. Bestehende Barrieren in Publikumsbereichen sollen schrittweise abgebaut werden – sofern das keine unangemessene wirtschaftliche Belastung darstellt.
- Landesbehörden sollen in einfacher, verständlicher Sprache kommunizieren und Schriftstücke wie Bescheide, Vordrucke, Verträge oder Allgemeinverfügungen auf Verlangen in einfacher und verständlicher Weise erläutern. Auch Internetseiten müssen barrierefrei gestaltet werden.
- Aus dem Integrationsförrat wird ein Inklusionsförrat. Will die Landesregierung ein Gesetz einbringen, das die Belange von Menschen mit Behinderungen betrifft, muss sie den Inklusionsförrat vorher anhören. Das Sozialministerium ist in dem Gremium künftig nur noch stimmloses Mitglied.

## Schlagabtausch zu Demokratie

Landtag debattiert die Fortschreibung des Landesprogramms

■ **Demokratie, Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz – das sind vier tragende Pfeiler für das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland. An ihnen kratzen jedoch Strömungen von Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt. Auch in MV. An diesem Knackpunkt setzt das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ an. Sein Anliegen ist, eine offene und demokratische Gesellschaft zu fördern. Das Landesprogramm wurde 2006 von SPD, CDU und der Linkspartei.PDS ins Leben gerufen und nun von der Landesregierung für die Jahre 2021 bis 2027 fortgeschrieben. Auf Antrag der SPD hat der Landtag in einer Aussprache zu dem Landesprogramm Stellung genommen. Ein Schlagabtausch, bei dem auch die Koalitionspartner SPD und CDU aneinandergerieten.**

Die Corona-Krise mache sehr deutlich, wie wichtig Demokratietarbeit sei, sagte Bildungsministerin **Bettina Martin** (SPD). Die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerate derzeit von vielen Seiten her unter Druck. „Es gibt Gruppierungen, die die Verunsicherung der Menschen in der Krise schamlos ausnutzen und mit Falschbehauptungen und Angstmachen sogar noch befeuern.“ Dabei gehe es diesen Leuten nicht um das Wohl anderer, sondern einzig darum, die demokratische Grundhaltung zu stören. „Damit diese Angriffe nicht auf fruchtbaren Boden fallen, machen wir die Demokratietarbeit in unserem Land stark.“ Demokratisches Miteinander zu pflegen und zu verteidigen, sei gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ setze die Landesregierung seit fast 16 Jahren einen verlässlichen Rahmen dafür – der von vielen engagierten Bürgern, Vereinen und Institutionen mit Leben gefüllt werde und inzwischen bundesweit als Blaupause diene.

MV mache bis heute viele Erfahrungen mit rechtsextremen, rassistischen, diskriminierenden und spalterischen Kräften – im Landtag wie auch im gesamten Bundesland, äußerte **Julian Barlen** (SPD). „Nicht zu schweigen, wenn an den Grundpfeilern unserer Demokratie und des sozialen Zusammenhalts gesägt wird, das ist unser aller Pflicht.“ Das Landesprogramm sei deshalb aller Rede wert. Mit seiner Hilfe habe sich über die Jahre ein stabiles demokratisches Rückgrat etabliert. Demokratie zu fördern und gegen Demokratiefunde einzutreten, sei in MV damit keine „verschämte Aufgabe von Nischenprojekten“. Gleichwohl habe sich „das Feld der Feinde einer pluralen Republik“ in den vergangenen Jahren sehr ausgeweitet. „Die Melange, die wir da beobachten aus AfD, Querdenkern, Reichsbürgern und Kameradschaften, ist eine Melange mit einer deutlich gestiegenen Präsenz und Reichweite.“ Das Update zur Umsetzungsstrategie sei deshalb goldrichtig. Sein Wunsch mit Blick auf den Bund: Dass die Union den Widerstand gegen das Demokratietgesetz aufbehalte.

„Es hat keiner etwas dagegen, für Demokratie einzustehen und gegen Extremismus“, entgegnete **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD). Die Sache sei aber, wie die Landesregierung das für sich auslege. „Für Sie ist ein Antidemokrat, der wütend auf Ihre Entscheidungen ist. Für Sie ist ein Antidemokrat, der unzufrieden ist, dass zum Beispiel Schulen geschlossen werden. Für Sie ist ein Antidemokrat, der vielleicht auch freiwillig auf eine Impfung verzichten kann, weil er das nicht möchte.“ Alles, was „irgendwie konservativ-bürgerlich ist“, werde als schlimm angesehen. Zu Demokratie gehöre aber, Meinungen auszuhalten und anzuhören. Nach seinem Dafürhalten fokussiere sich der Kampf gegen Extremismus zudem zu sehr auf Rechtsextremismus. „Wenn wir uns das Demokratiefördergesetz angucken: Eintausendmillionen Euro nur für den Kampf gegen Rechts. Wo ist der Linksextremismus? Wo ist der Islamismus?“ Für echte Demokratie einzutreten bedeute, gegen jegliche Feinde der Demokratie vorzugehen. „Alles andere ist Framing und möchte einfach nur den gesellschaftlichen Konsens in eine Richtung, die Ihnen gefällt, verschieben.“

„Nach dem, was hier bisher geliefert wurde, bin ich schlichtweg beschämt“, erwiderte **Daniel Peters** (CDU). „Wir bezeichnen uns gegenseitig als Widerlinge, als Rassisten, als Antidemokraten – und das mitten in der Herzkammer der Demokratie in diesem Land.“ Über Demokratie und Toleranz zu reden und sich dabei gegenseitig Beleidigungen an den Kopf zu werfen, sei kein Umgang. Demokratie bedeute, einen Konsens zu suchen. „Und diesen wollen wir hier heute offensichtlich nicht finden.“ In diese Betrachtung schloss er ausdrücklich auch die Rede des SPD-Abgeordneten ein. „Sie haben ja in vielen Punkten Recht und die Kritik an der AfD ist richtig.“ Die Frage sei aber: „Ist das der richtige Weg, die Gegenseite auch immer wieder mit Unterstellungen zu bearbeiten?“ Toleranz heiße, Andersdenkende erst einmal mit ihrer Meinung zu akzeptieren. „Ich wollte zu vielen Aspekten hier etwas sagen. Aber ich sage ganz deutlich: Diese Debatte ist es leider nicht würdig.“ Sie habe es versäumt, über Toleranz und Demokratie zu sprechen. „Deswegen bedarf es hier keiner weiteren Erläuterungen.“



Für **Holger Arppe** (fraktionslos) basiert das Landesprogramm auf einem totalitären Grundgedanken. „Diese Politisierung der kompletten Gesellschaft ist kein Kennzeichen einer freiheitlichen, repräsentativen Demokratie, sondern ein Kennzeichen des Totalitarismus.“ Im Kern gehe es doch nur um den Kampf gegen Andersdenkende und „eine links-grüne Volksgemeinschaft“. „Das Ganze ist natürlich nebenbei auch noch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Ihre Klientel.“

Das Landesprogramm sei 2006 die erste gemeinsame Aktion dreier unterschiedlicher Fraktionen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in MV gewesen, erinnerte **Peter Ritter** (DIE LINKE). „Mit Ihrer Rede haben Sie die Grundidee dieses gemeinsamen Programms deutlich verlassen“, sagte er an die CDU-Fraktion gerichtet. Dabei sei die Ablehnung von Demokratie aktuell sehr zu oft zu erleben. „Querdenken und nicht nachdenken steht auf der Tagesordnung.“ Je brüchiger die Bindung an das Gemeinwesen, desto erfolgreicher lasse sich für demokratiefeindliche Positionen werben – diese Feststellung des Landesprogramms aus 2006 habe nichts an Aktualität verloren. Er vermisse in der Unterrichtung der Landesregierung zur Fortschreibung des Programms eine exakte Bestandsaufnahme zur Situation im Land. „Da wird nebulös umschrieben, statt konkret benannt, von wo verfassungsfeindliche und demokratiegefährdende Bestrebungen ausgehen.“ Dass das Landesprogramm weiterhin mit Leben gefüllt werde, liege auch in der Verantwortung des Landtags. „Ich hoffe, dass diese Verantwortung heute keinen Schaden genommen hat.“

### Stichwort: Landesprogramm

Das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ wurde 2006 aufgelegt und nimmt seitdem eine bundesweite Vorreiterrolle ein. Die Fortschreibung für die Jahre 2021 bis 2027 bildet den Rahmen der Demokratiearbeit in MV für die kommenden sieben Jahre. In dieser Zeit sind für die Umsetzung der Strategie insgesamt 28,7 Millionen Euro vorgesehen: 23,2 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds, der Rest aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Ziele des Programms: Engagierte Menschen zu stärken und zu unterstützen; den Zusammenhalt in der Gesellschaft und das Vertrauen in demokratische Entscheidungen zu stärken; Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen und befähigen, selbst aktiv zu werden und an Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Die Umsetzungs-

strategie umfasst ressortübergreifend 170 Maßnahmen. Die Ansätze reichen von frühkindlicher Bildung in der Kita über die Arbeit in Schulen, Vereinen, Betrieben, Verbänden und Bildungseinrichtungen bis hin zu Kriminalitätsprävention und Maßnahmen im Strafvollzug. Koordinierungsstelle ist die Landeszentrale für politische Bildung. Beispiele für die Umsetzung der Strategie sind unter anderem die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur; die Opfer- und Betroffenenberatung LOBBI e.V.; das Ausstiegs- und Distanzierungsangebot „JUMP“; die Fachstelle für Islamismusprävention „Bidayya“; 50 Schulen im Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“; 1.875 Unternehmen, Verbände, Vereine und Einzelpersonen, wie die Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.

(Quelle: [www.regierung-mv.de](http://www.regierung-mv.de))

### Stichwort: Aussprache

Wenn das Landesparlament tagt, können die Abgeordneten Themen auch im Zuge einer Aussprache behandeln. Genau wie bei Debatten zu Anträgen oder Gesetzentwürfen geht es darum, Öffentlichkeit für einen Sachverhalt herzustellen. Anders als bei Gesetzentwürfen oder Anträgen findet am Ende aber keine Abstimmung statt.



Foto: Uwe Sinnecker

MV Werften in Warnemünde

## MV Werften: Schutzschirm in Sicht

Landtag debattiert in Dringlichkeitssitzung über den Stand der Verhandlungen

■ Seit fast einem Jahr bangen die Beschäftigten der MV Werften um ihre Jobs. Nun scheint eine Perspektive zum Greifen nah. Nach monatelangen Verhandlungen zwischen Land, Bund und dem Mutterkonzern Genting Hong Kong zeichnet sich ein Weg unter den Corona-Rettungsschirm des Bundes ab. Dabei muss aber auch das Land weitere Gelder bereitstellen. In einer Regierungserklärung informierte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig über die aktuelle Lage. Für die Regierungserklärung kam der Landtag am 31. Mai zu einer außerplanmäßigen Sitzung zusammen. SPD, CDU und DIE LINKE stimmten dem eingeschlagenen Weg – und damit auch neuen Landeshilfen – zu. Die AfD sprach sich dagegen aus.

„Es ist uns gelungen, die MV Werften unter den Stabilisierungsfonds des Bundes zu bringen“, verkündete Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD). Allerdings fehle noch die Zustimmung der

Bundesgremien. Deshalb sei es wichtig, als Land ein Zeichen zu setzen. „Und darum geht es heute.“ Die Unterstützung des Bundes stelle sicher, dass die im Bau befindlichen Schiffe weiter gebaut werden können und mindestens 2100 Arbeitsplätze erhalten blieben. Auch Zulieferbetriebe profitierten davon. Ihr sei bewusst, dass die Hilfen in der Bevölkerung umstritten seien. Sie betonte jedoch, dass die MV Werften unverschuldet in schweres Fahrwasser geraten seien. „Vor der Corona-Pandemie waren gerade unsere MV Werften auf dem Weg, für die nächsten Jahre volle Auftragsbücher zu haben.“ Ihnen nun zu helfen, sei nicht nur wichtig für die Beschäftigten, sondern auch für die industrielle Entwicklung des Landes. „Wir wägen sehr kritisch ab, was ist rechtlich, was ist finanziell und vor allem wirtschaftlich verantwortbar.“ Sie glaube nach wie vor fest daran: „Der Schiffbau ist eine Branche mit Zukunft.“

Die MV Werften unter den Rettungsschirm zu bringen, sei eine Mammutaufgabe, sagte Wirtschaftsminister **Harry Glawe** (CDU). „Diese Verhandlungen sind die längsten und schwierigsten, die ich als Wirtschaftsminister bisher erlebt habe.“ Die Gespräche hätten bereits mehrmals vor dem Aus gestanden. „Am Ende sind von allen Beteiligten erhebliche Verzichte, aber auch Kompromisse bis an die absolute Schmerzgrenze erforderlich gewesen.“ Er erinnerte daran, dass das Parlament der Landesregierung mit einem Landtagsbeschluss auf-

getragen habe, die drei Werftstandorte zu sichern. Maßgebliches Ziel dabei sei von Anfang an gewesen, unter den Rettungsschirm des Bundes zu gelangen. Dazu habe es auch eine grundsätzliche politische Einigung gegeben. Nun gehe es noch um letzte Details. Er gehe davon aus, dass der Bund in den nächsten Tagen zustimmen werde. Er betonte, dass Deutschland beim Bau von Kreuzfahrtschiffen zu den Weltmarktführern gehöre. „Das sollten wir uns nicht aus der Hand schlagen lassen.“

**Jens-Holger Schneider** (AfD) unterstrich, dass seine Fraktion die ersten finanziellen Entscheidungen 2020 mitgetragen habe. Damals sei es um 175 Millionen Euro aus der Lockbox gegangen. „Das waren Sicherheiten, die für die privaten und staatlichen Kreditgeber, unter anderem unser Land, bereitgehalten wurden.“ Auch der Bund habe damals bereits ein Darlehen von 193 Millionen Euro gewährt. Im Frühjahr 2021 sei es um einen neuen Landeskredit gegangen. „Hier war für uns als AfD-Fraktion Schluss.“ Er sprach von einer „schreienden Ungerechtigkeit“ gegenüber anderen Branchen. „Wir hantieren mittlerweile mit Beträgen von 1,5 Milliarden Euro an Bürgschaften, Darlehen und Pfandveräußerungen.“ Gelder, die der Steuerzahler hart erarbeiten müsse. Und die Perspektive? „Was wissen wir über die Zukunft der Kreuzfahrt?“ Wie lange werden die prognostizierten 2000 Arbeitsplätze erhalten bleiben? „Davon sind viele Arbeiter übrigens gar



keine deutschen Staatsbürger und so gut wie jeder könnte sofort als absolute Fachkraft woanders arbeiten.“

„Die Werften bekommen kein Geld. Sie bekommen nur Darlehen. Da fließt überhaupt kein echtes Geld“, entgegnete **Bernhard Wildt** (CDU). „Jeder Einzelhändler, jedes Handwerksunternehmen hat mehr Geld bekommen in der Corona-Pandemie als die MV Werften.“ Wer behauptete, die MV Werften seien schon vor Corona in Schwierigkeiten gewesen, liege falsch. „Damit ein Unternehmen Hilfszahlungen in der Größenordnung der MV Werften erhalten kann, musste gutachterlich bestätigt werden, dass das Unternehmen zum 31.12.2019 wirtschaftlich gesund war.“ Er verwies zudem auf die positive Fortführungsperspektive, ohne die das Unternehmen gar nicht unter den Rettungsschirm kommen würde. Nicht zuletzt sei es Gering gelungen, Schulden in erheblichem Umfang umzustrukturieren. „All das ist für uns Beleg dafür, dass die MV Werften eine gute Zukunft vor sich haben können, wenn wir ihnen über die Pandemie bedingten Probleme hinweghelfen.“ Seine Fraktion halte an der maritimen Wirtschaft fest. „All diejenigen, die das nicht möchten, die möchten dann bitte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erklären, warum ihre Arbeitsplätze nicht erhaltenswert sind.“

DIE LINKE begrüßte die Signale aus Berlin. „Die endgültige Zustimmung vorausgesetzt, verhindert das augenblicklich einen weiteren, drastischen Arbeitsplatzabbau und nicht zuletzt die Insolvenz der MV Werften“, sagte **Henning Foerster**. „Ich gehe davon aus, dass die grundsätzliche Einigung zwischen Bund, Land und Gering nicht mehr infrage gestellt wird und offene Detailfragen noch einer Lösung zugeführt werden können.“ Aber auch dann werde die Kuh noch nicht vom Eis sein. „Ohne Verhandlungen zur Finanzierung von weiteren Aufträgen stehen wir im kommenden Jahr wieder vor dem gleichen Problem wie noch vor wenigen Wochen.“ Die Corona-Krise habe deutlich vor Augen geführt, wie fragil die maritime Industrie sein könne. Vor allem, wenn man sich ausschließlich auf einen, noch dazu sehr speziellen Markt konzentriere. Die maritime Industrie im Land müsse sich zukunftsorien-

tiert aufstellen. „Hinter Schlagworten wie Green Shipping und Smart Shipping verstecken sich die Zukunftsthemen auch für unsere Werften und maritimen Zulieferunternehmen.“

**Jochen Schulte** (SPD) sprach ebenfalls von einem guten Ergebnis. „Wer von Ihnen hätte vor einem Jahr geglaubt, dass wir heute hier stehen und sagen können: Wir haben eine reelle Chance, dass diese drei Standorte erhalten bleiben?“ Ihm sei bewusst, dass das nicht alle Jobs retten werde. „650 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden.“ Anfänglich hätten jedoch 1200 in Rede gestanden. „Und deswegen ist es so wichtig, was hier gelungen ist.“ Als Bund und Länder die ersten Corona-Hilfen ausgereicht hätten, sei bei keinem Unternehmen klar gewesen, ob es ein Jahr später noch bestehen werde. „Wenn wir diese Logik angewendet hätten, die heute hier von der AfD vertreten worden ist, dann hätten wir keinem einzigen Unternehmen auch nur einen einzigen Cent zur Verfügung stellen dürfen.“ Die AfD habe nichts dazu beigetragen, den MV Werften und ihren Beschäftigten eine Perspektive zu geben. „Ihre Wirtschaftspolitik besteht im Endeffekt nur aus einem einzigen Satz: Der Letzte macht das Licht aus und jeder bleibt sich selbst überlassen.“

Die Koalitionsfraktionen haben flankierend zur Regierungserklärung einen Antrag vorgelegt. Darin werden zum einen die bisherigen Bemühungen der Landesregierung zur Rettung der MV Werften gewürdigt. Zum anderen unterstützt er die ausgehandelten Bedingungen, die das Land erfüllen muss, um die Werften unter den Schutzschirm des Bundes zu bringen. Neben SPD und CDU stimmten auch DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig dem Antrag zu. Die AfD votierte dagegen.

Drei Tage nach der Dringlichkeitssitzung, am 3. Juni, hat der Bund grünes Licht für den Rettungsschirm gegeben. Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds-Ausschuss hat beschlossen, die MV Werften durch Hilfen in Höhe von rund 300 Millionen Euro zu stützen. In dieser Stumme stecken laut Bundeswirtschaftsministerium die 193 Millionen Euro aus einer bereits vorangegangenen Brückenfinanzierung. „Also sind es konkret 47 Millionen Euro zusätzlich für ein Nachrangdarlehen und 60 Millionen Euro für eine stille Beteiligung“, heißt es vom Bund.

*Dringlichkeitsantrag CDU/SPD  
Drucksache 7/6186*

### Stichwort: Debattengrundlage

Die Landesregierung bemühte sich seit vielen Monaten, die MV Werften unter den Schutzschirm des Bundes zu bringen. In der Dringlichkeitssitzung debattierten die Abgeordneten auf Grundlage dieser mit Bund und Gering Hong Kong ausgehandelten Punkte:

- Der Bund ist unter bestimmten Bedingungen bereit, den MV Werften 300 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, damit die Kreuzfahrtschiffe Global 1 und Endeavor 1 fertiggestellt werden können. Weiterhin sichert er die Finanzierung des Kaufpreises dieser Schiffe durch Hermes-Garantien von insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro ab.
- Um diese Hilfen zurückzuführen, verzichtet Gering Hong Kong nach Ablieferung der Schiffe auf seine

Eigenmittelrückflüsse in Höhe von rund 560 Millionen Euro. Darüber hinaus verpfändet der Mutterkonzern sämtliches Immobilien- und Anlagevermögen der Werftstandorte an Bund und Land. Für den Fall einer Liquiditätslücke muss der Hauptgesellschafter zudem bis zu 30 Millionen US-Dollar aufbringen.

- Der Bund fordert für den Fall einer Liquiditätslücke vom Land ein Darlehensversprechen ein. Höhe: rund 72 Millionen Euro.
- Für weitere Auszahlungen aus der Baufinanzierung für die Global 1 fordern die Banken eine Erhöhung der Bürgschaftsquote von 80 auf 90 Prozent. Dadurch muss das Land ein zusätzliches Obligo – also eine zusätzliche Haftung – in Höhe von 38,2 Millionen Euro eingehen.

*(Quelle: Dringlichkeitsantrag 7/6186)*

## Land klagt nicht gegen Notbremse

AfD-Antrag auf Normenkontrolle findet keine Mehrheit

■ **Nächtliche Ausgangssperren. Strenge Kontaktbeschränkungen. Keine Gastronomie und Kultur. Kein Vereinssport und Tourismus. Diese und andere Einschränkungen von Grundrechten werden wirksam, wenn die Sieben-Tage-Inzidenz in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt drei Tage hintereinander den Wert 100 überschreitet. Geregelt ist das im Bundesinfektionsschutzgesetz. Der Passus wurde Ende April als Paragraf 28b in das Gesetz aufgenommen. Die umgangssprachlich als Bundesnotbremse bezeichneten Regelungen sollen sicherstellen, dass ab einer Inzidenz von 100 bundesweit einheitliche Maßnahmen greifen. Die Reform ist umstritten. Die AfD, zum Beispiel, hält sie für verfassungswidrig. Sie forderte von der Landesregierung, vor dem Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage gegen das Gesetz zu erheben – mit dem Ziel, es für nichtig zu erklären.**

Die Verfassungswidrigkeit stehe dem Gesetz auf der Stirn geschrieben, argumentierte **Horst Förster** (AfD). Die Eingriffe allein von einer Sieben-Tage-Inzidenz abhängig zu machen, sei weder verhältnismäßig noch vernünftig. Mehr Selbst- und Schnelltests führten zwangsläufig zu mehr PCR-Tests und damit auch zu mehr positiven Befunden. Als Beispiel verglich er die Monate Februar und März miteinander. Hier seien die Abstriche von 100.000 auf 135.000 gestiegen, die Zahl der positiven Befunde um rund 38 Prozent. Eine Zahl, die dann medial verbreitet worden sei und „zielgerichtet in den verängstigten Seelen unserer Bürger“ wirkte. Dabei habe sich am Infektionsgeschehen kaum etwas geändert. „Die Positivrate, also die Quote der Positivbefunde im Verhältnis zur Zahl der Tests war nur um 0,2 Prozent gestiegen.“ Daran zeige



Foto: Jens Büttner

Ab einer Inzidenz von 100 greift das Infektionsschutzgesetz, die so genannte „Bundesnotbremse“, mit weitreichenden Einschränkungen unter anderem für den gastronomischen Betrieb.

sich sehr deutlich, wie ungeeignet PCR-Inzidenzen als alleiniger Maßstab seien. Dass der Bund mehr Kompetenzen an sich gezogen habe, bezeichnete er als „Schlag gegen die föderale Struktur“ und „Demütigung der Länder“.

„Wir beabsichtigen nicht eine abstrakte Normenkontrolle gegen das Gesetz anzustrengen“, entgegnete Bildungsministerin **Bettina Martin** (SPD) in Vertretung für Justizministerin Katy Hoffmeister (CDU). Sowohl der Bund als auch die Bundesländer seien per Grundgesetz verpflichtet, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen. Die Landesregierung habe keinen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der beschlossenen Regelungen. Die Sieben-Tage-Inzidenz sei der früheste Indikator für ein zunehmendes Infektionsgeschehen. „Die Belastung des Gesundheitssystems und die Todesfälle erfolgen dagegen erst mit erheblichem zeitlichen Verzug, sind aber unter Berücksichtigung der Neuinfektionen bereits absehbar.“ Maßnahmen an den Inzidenzenwert zu koppeln, halte sie daher für nachvollziehbar. „Von Willkür kann keine Rede sein. Im Gegenteil. Es ist vom Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers gedeckt, sich bei einer Divergenz wissenschaftlicher Einschätzungen auf eine Position festzulegen und diese seinen Entscheidungen zugrunde zu legen.“

DIE LINKE bezeichnete den Titel des Antrags – „Rechtsstaat gilt auch in Pandemie-Zeiten“ – als irreführend. „Er

suggeriert, dass wir aktuell ein rechtsstaatliches Problem in der Bundesrepublik Deutschland hätten“, so **Jacqueline Bernhardt**. Dem sei aber mitnichten so. Jeder habe das Recht, die verhängten Maßnahmen gerichtlich überprüfen zu lassen. Als Beispiel verwies sie auf die Ausgangsbeschränkungen des Landes, die das Oberverwaltungsgericht kürzlich gekippt habe. „Derartige Entscheidungen sind kein Zeichen dafür, dass der Rechtsstaat versagt hat. Sie sind ein Zeichen dafür, wie gut er tatsächlich funktioniert.“ Ein Normenkontrollverfahren anzustrengen, halte sie nicht für notwendig. Beim Bundesverfassungsgericht seien bereits mehr als 300 Verfahren gegen die Neuregelungen im Bundesinfektionsschutzgesetz anhängig. „Wir können uns also sicher sein, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten eine ziemlich ausführliche Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts bekommen werden, was in Bezug auf die Pandemie-Bekämpfung zulässig ist oder nicht.“

Den Antrag für obsolet zu halten, wäre ein Trugschluss, meinte **Holger Arppe** (fraktionslos). „Dieser Antrag ist aktueller denn je.“ Vielleicht nicht in Bezug auf Corona, dafür aber in Bezug auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz. Dieses besage ganz klar, dass die Grundrechte und verfassungsmäßigen Freiheiten künftig unter dem Vorbehalt des Klimaschutzes zu betrachten seien. „Das heißt: Für dahin

wird nicht mehr irgendein willkürlicher Inzidenzwert unsere Freiheiten einschränken, sondern zum Beispiel der CO<sub>2</sub>-Wert. Insofern muss man das ganz dringend ergänzend hinzufügen zum Anliegen des Antrags.“

„Rechtsstaat gilt auch in Pandemiezeiten. Jawohl, kann man der AfD da nur zurufen.“ Und er funktioniere auch, sagte **Sebastian Ehlers** (CDU) unter Verweis auf diverse Gerichtsentscheidungen zu Corona-Maßnahmen. Nachdem einzelne Länder immer wieder von Vereinbarungen abgewichen seien, habe er für das Vorgehen des Bundes großes Verständnis. Die AfD suggeriere, dass mit dem Gesetz gänzlich neue Eingriffe verbunden wären. „Das ist aus meiner Sicht nicht der Fall.“ Der einzige Unterschied sei, dass sie jetzt bundesweit verbindlich gelten. „Die Menschen erwarten, dass es hier eine klare Linie gibt.“ Sicherlich sage der Inzidenzwert nicht alles über einen aktuellen Zustand aus. „Aber er zeigt zumindest, wie dynamisch der Prozess ist.“ Ehlers erinnerte daran, dass sich der Landtag auf seiner vergangenen Sitzung klar positioniert habe. Eine Rolle rückwärts werde es nicht geben. Seiner Einschätzung nach befinde sich die Pandemie zudem in der Zielkurve. „Ich gehe davon aus, dass die Beschränkungen bald wieder in Größenordnungen fallen werden.“ Dann habe sich das Thema sowieso erledigt.

„Natürlich war uns klar, dass Sie dem Antrag nicht folgen würden“, resümierte **Horst Förster** (AfD). Seiner Fraktion sei aber wichtig gewesen, noch einmal deutlich zu machen, dass Grundrechte nicht unter Pandemie-Vorbehalt stünden. Seine Partei halte es für bedenklich, „wie die Bürger durch viele Maßnahmen auch in den Medien, auch manipulative Maßnahmen, eine Bereitschaft gezeigt haben, auch unsinnige Maßnahmen einfach hinzunehmen. Das ist schon bedenklich.“ Er blieb dabei, dass die PCR-Inzidenz ein willkürlicher Maßstab sei. „Sie finden nichts in der Wissenschaft, wo steht, dass man dort verbindlich anknüpfen könne.“ Das Gesetz sei ein sturer Automatismus – „wie ein Schild 30 auf der Autobahn, wo Sie nicht wissen, warum Sie nicht 200 fahren können“.

Am Ende der Debatte wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten abgelehnt.

*Antrag AfD  
Drucksache 7/6046*

## Meldungen

### Mehr Geld für Beamte

■ Landesbedienstete wie Polizisten, Feuerwehrleute und Justizvollzugsbeamte erhalten höhere Stellenzulagen. Für Polizisten und Feuerwehrleute steigt sie nach zweijähriger Dienstzeit von 127,38 auf 136,45 Euro, für Justizvollzugsbeamte von 95,53 auf 127,67 Euro. Das hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen. Die neuen Beträge sind Teil mehrerer Anpassungen im Landesbesoldungsgesetz. Infolgedessen steigen beispielsweise auch die Einstiegsgehälter für den höheren Dienst in Ministerien oder Gerichten. Spezialisten wie Computer-Fachkräfte, Programmierer oder Fachärzte sollen, wenn sie im öffentlichen Dienst des Landes arbeiten, ebenfalls mehr Gehalt erhalten. Neu ist auch: Wer im Polizeivollzugsdienst, in einem Gefängnis, als Bewährungshelfer/in oder Rechtspfleger/in arbeiten möchte, muss sich einer Zuverlässigkeitsprüfung unterziehen. Richterverhältnisse auf Probe unterliegen künftig einer Prüfung auf Verfassungstreue. Und: Bei Beamten, die in der DDR einen systemnahen Beruf ausübten – beispielsweise als Polizist/in – werden bei der Berechnung der Altersbezüge Dienstzeiten vor 1990 auch weiterhin ausgeklammert. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und der Privatwirtschaft bestehen zu können, müsse der Landesdienst als Arbeitgeber attraktiver werden, hob die SPD in Bezug auf die finanziellen Anpassungen hervor. Für DIE LINKE enthält der Gesetzentwurf zwei Knackpunkte. Erstens: die Regelanfrage zur Verfassungstreue. Sie stelle eine ganze Berufsgruppe unter Generalverdacht. Zweitens: der Umgang mit systemnahen Berufszeiten in der ehemaligen DDR. Mit dieser Regelung, die SPD und CDU in den Ausschussberatungen erwirkten, stellten sich die Koalitionsfraktionen nicht nur gegen die Landesregierung. Damit würden Betroffene – zumeist Polizistinnen und Polizisten – auch Jahre nach der Wiedervereinigung noch stigmatisiert. Die CDU verteidigte die Regelung als angemessenen Umgang mit dem SED-

### Stichwort: Normenkontrolle

Bei einer abstrakten Normenkontrolle entscheidet das Bundesverfassungsgericht, ob ein Bundes- oder Landesgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Landesrecht kann auch auf die Vereinbarkeit mit Bundesrecht geprüft werden. Das Bundesverfassungsgericht wird dabei nicht von selbst tätig. Die Normenkontrolle muss von der Bundesregierung, einer Landesregierung oder von einem Viertel der Mitglieder des Bundestags beantragt werden. Bürgerinnen und Bürger sind nicht antragsberechtigt. Das Bundesverfassungsgericht kann auch prüfen, ob bei konkurrierender Gesetzgebung von Bund und Ländern die Verteilung der Kompetenzen eingehalten wird.

In diesem Fall muss die Initiative vom Bundesrat, einer Landesregierung oder dem Landtag ausgehen. Geht es darum, ob ein Landesgesetz im Einklang mit der Landesverfassung steht, ist das Landesverfassungsgericht gefragt – sofern die Landesregierung oder ein Drittel der Landtagsmitglieder eine solche abstrakte Normenkontrolle einfordern. Neben der abstrakten Normenkontrolle gibt es auch eine konkrete Normenkontrolle. Diese richtet sich ebenfalls an das Bundes- oder ein Landesverfassungsgericht und geht immer von einem Fachgericht aus. Ausgangspunkt ist ein konkretes gerichtliches Verfahren, indem es um die Wirksamkeit einer Rechtsnorm geht.



System. Die verschiedenen Anhebungen von Gehältern bezeichnete sie als unabdingbar für die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung. Die damit verbundene finanzielle Mehrbelastung für den Landeshaushalt sei vor diesem Hintergrund verhältnismäßig. Die AfD meldete sich in der Debatte nicht zu Wort. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossen. DIE LINKE, der Großteil der AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten enthielten sich. Einige Mitglieder der AfD-Fraktion stimmten dagegen. Die Änderungsanträge der Linken wurden abgelehnt.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/5440*

*Beschlussempfehlung Finanzausschuss*

*Drucksache 7/6079*

*Änderungsanträge DIE LINKE*

*Drucksachen 7/6110 und 7/6111*

## Rechnungshof erhält kein Rederecht im Landtag

Geht die Landesregierung sorgsam mit Steuergeldern um? Sind die Stellen in der Landesverwaltung ordnungsgemäß besetzt? Fragen wie diesen geht der Landesrechnungshof nach. Seine Aufgabe ist es, die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie kommunaler Körperschaften zu überwachen. Insbesondere in puncto Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit. Dazu verfasst er jedes Jahr einen Bericht, der dem Landtag zum Beispiel als Grundlage für die Entlastung der Landesregierung dient. DIE LINKE hätte sich gewünscht, der Präsidentin/dem Präsidenten des Landesrechnungshofs im Landtag die Möglichkeit zu geben, den Bericht mündlich zu erläutern. Bislang ist das nicht möglich. Denn ihm/ihr steht im Landtag kein Rederecht zu. Und dabei bleibt es auch: SPD und CDU lehnten eine Änderung der bisherigen Regelung ab. Die SPD fragte, was es bringen soll, wenn die Rechnungshofpräsidentin im Plenum etwas zu ihren Berichten sage. Dem pflichtete die CDU bei. Sie verwies darauf, dass sich die Koalition stets intensiv mit den Empfehlungen und Berichten des Landesrechnungshofes auseinandersetze. Die AfD unterstützte den Gesetzentwurf der

Linken: Dem Rechnungshof ein Rederecht einzuräumen wäre nicht nur ein Zeichen von Wertschätzung, sondern auch ein Signal an den Steuerzahler, dass das Parlament die Prüfergebnisse des Landesrechnungshofes ernst nehme. Die AfD legte dem Plenum einen Änderungsantrag vor. Darin forderte sie, dem Rechnungshof auf Antrag einer Fraktion das Wort zu erteilen und das Rederecht nicht nur auf den Jahresbericht zu beschränken. Sowohl der Gesetzentwurf als auch der Änderungsantrag wurden abgelehnt.

*Gesetzentwurf DIE LINKE*

*Drucksache 7/5876*

*Änderungsantrag AfD*

*Drucksache 7/6113*

## Corona-Maßnahmen: Verfahren bleibt unverändert

Die Corona-Pandemie führt seit fast anderthalb Jahren immer wieder zu Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in MV. Was erlaubt ist und was nicht, regelt die Landesregierung in Rechtsverordnungen. Anders als Gesetze werden diese nicht vom Landtag beschlossen. Das wollte DIE LINKE ändern und Verordnungen, die in Grundrechte eingreifen, von der Zustimmung des Landtags abhängig machen. Um in dringenden Fällen schnell reagieren zu können, sollte die Zustimmung auch als erteilt gelten, wenn der Landtag dem Erlass nicht binnen sieben Tagen widerspricht. DIE LINKE kritisierte, dass es in den vergangenen Wochen bei den Verordnungen häufig ein Hin und Her gegeben habe. „Deshalb halten wir nach wie vor gut vorbereitete Verordnungen unter Einbeziehung des Landtages, die den Grundsätzen von Transparenz genügen, für unabdingbar.“ Der Gesetzentwurf stieß auf breite Ablehnung. Der Landtag sei sehr wohl in die Rechtsetzung der Maßnahmen eingebunden, erklärte die SPD. „Regelmäßig finden Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden dieses Parlamentes statt. Auf jede Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz folgt eine Sondersitzung des Landtages, der der Landesregierung per Beschluss aufgibt, wie Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Und

auch im federführenden Ausschuss wird regelmäßig berichtet.“ Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes, die sogenannte Bundesnotbremse, habe den Gesetzentwurf geradezu überrollt und „in zentralistischer Manier den Bundesländern das Heft des Handelns geradezu aus der Hand geschlagen“, meinte die AfD. Vor diesem Hintergrund müsste DIE LINKE ihren Gesetzentwurf eigentlich zurückziehen. Alternativ bliebe nur eine Möglichkeit: „Schließen Sie sich der Auffassung unserer Fraktion an, derzufolge 28b Infektionsschutzgesetz eindeutig verfassungswidrig ist.“ Der Landtag habe sich in vielen Sitzungen inhaltlich positioniert und Beschlüsse gefasst, argumentierte die CDU. Ein kritisches Wort zum Verfahren habe es seitens der Linken dabei nicht gegeben. „Sie waren immer mit an Bord bei den gemeinsamen Anträgen mit der Koalition.“ Der Gesetzentwurf erübrige sich aus Sicht der CDU aber auch deshalb, weil sich die Lage der Pandemie aktuell Schritt für Schritt verbessere. So gesehen komme der Gesetzentwurf ohnehin ein Jahr zu spät.

*Gesetzentwurf DIE LINKE*

*Drucksache 7/5875*

## Klare Regeln für Online-Prüfungen

Seit Beginn der Corona-Pandemie findet das Studium an Hochschulen zum größten Teil in digitaler Form statt. Das schließt auch Prüfungen mit ein. Damit digitale Hochschulprüfungen rechtsicher werden, ist eine Änderung des Landeshochschulgesetzes nötig. Einen entsprechenden Gesetzentwurf legten SPD und CDU dem Landtag im Mai zur ersten Lesung vor. Die Anpassungen sollen sicherstellen, dass personenbezogene Daten, die während einer digitalen Prüfung aufgezeichnet werden, im Anschluss umgehend gelöscht werden müssen. Darüber hinaus soll das Bildungsministerium auch im Wintersemester 2021/22 die Möglichkeit erhalten, bei einem Fortdauern der Pandemie die Regelstudienzeit um ein weiteres Semester verlängern zu können. Dazu muss die entsprechende Ermächtigung erweitert werden. Prüfungen auf digitalem Wege von zu Hause aus zu absolvieren, berühre die Privatsphäre

re der Studierenden. Dadurch entstehe ein rechtlicher Klärungsbedarf, begründete die SPD den Gesetzentwurf. Damit einher geht auch, dass Hochschulen in ihren Satzungen Grundsätze für digitale Prüfungen definieren müssen, zum Beispiel, um Täuschungen zu verhindern. Die Anpassungen schafften Sicherheit und Chancengleichheit für Studierende und folgten dem ausdrücklichen Wunsch von Studierendengremien und Rektoraten, so die SPD. Der Gesetzentwurf wurde ohne Aussprache einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwurf SPD/CDU  
Drucksache 7/6041*

## Mehr Zeit für Beratungsangebote gefordert

1. Januar 2022. An diesem Datum soll das bereits bestehende „Gesetz über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege“ in einem weiteren Teil in Kraft treten. Dabei geht es im Wesentlichen um drei Punkte. Erstens: Wer darf eine soziale Beratung und Gesundheitsberatung durchführen? Und was umfasst diese Beratung? Zweitens: Die Aufgabe, ein bedarfsgerechtes Angebot an Beratungen sicherzustellen, wird den Landkreisen und kreisfreien Städten zugewiesen. Drittens: Das Land unterstützt die Kommunen in Form von Zuweisungen. Diese Punkte in allen Details bis zum Jahresende zu klären, hält DIE LINKE nicht für machbar. Dazu stünden sich auf Kommunal- und Landesebene noch viel zu viele Unklarheiten und unterschiedliche Ansichten gegenüber. Insbesondere in Bezug auf die Finanzierung seitens des Landes. Zudem brauche es mehr Zeit, um die geforderten Qualitätsansprüche mit Personal zu untersetzen. DIE LINKE forderte deshalb, das Inkrafttreten des Gesetzes noch einmal um ein Jahr auf den 1. Januar 2023 zu verschieben. Die AfD hielt es für falsch, Aufgaben des Landes in die kommunale Ebene und damit die Verantwortung nach unten zu verschieben. Weder Konnexität noch Personalbedarf seien geklärt. Das nehme die kommunale Ebene zu Recht nicht hin. Die SPD räumte ein, dass die Situation für die Träger der Angebote im Moment schwierig sei: „Die Zuweisungsvereinba-



Foto: Jens Büttner

*Schönberg ist der erste Windpark in Mecklenburg-Vorpommern, der nach dem Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz den Bürgern und Kommunen in unmittelbarer Nachbarschaft ein Angebot zum Kauf von Anteilen gemacht hat.*

rungen gibt es noch nicht, weil die kommunalen Landesverbände jetzt wie Kai aus der Kiste noch mal mit zwei eigenen Vorstellungen in Erscheinung getreten sind.“ Die Neuordnung der Beratungslandschaft sei bereits zweimal verschoben worden. Die SPD äußerte den Eindruck, dass die kommunale Seite derzeit gezielt daran arbeite, „für sich hier noch mal was rauszuholen“. Die CDU-Fraktion äußerte sich in der Debatte nicht. Sie lehnte jedoch, ebenso wie die SPD, eine Überweisung des Gesetzentwurfs in die Ausschüsse ab. Damit wird er spätestens nach drei Monaten zur zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

*Gesetzentwurf DIE LINKE  
Drucksache 7/6052*

## Keine doppelte Beteiligung am Windpark

Wer in unmittelbarer Nähe von Windrädern wohnt, hat in MV einen gesetzlichen Anspruch darauf, an der Wertschöpfung der Anlagen beteiligt zu werden. Zum Beispiel durch Geschäftsanteile, Sparprodukte oder, im Fall von Gemeinden, eine jährliche Ausgleichsabgabe. So steht es im Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz. Anliegen des Gesetzes ist, die Akzeptanz für Windenergie zu erhöhen. Das Land hat das Gesetz 2016 auf den Weg gebracht, weil es damals auf Bundesebene keine Mehrheit für eine bundeseinheitliche Regelung gab. Im Dezember 2020 wurde jedoch das Erneuerbare-

Energien-Gesetz novelliert. In Paragraph 36k enthält es nun auch eine Regelung für Beteiligungen. Diese sieht vor, dass Windkraftanlagenbetreiber Umlandgemeinden mit 0,2 Cent pro Kilowattstunde an den Erträgen der Anlagen teilhaben lassen dürfen. Damit stehen sich nun eine Darf-Regelung auf Bundesebene und eine Muss-Regelung im Land gegenüber. Was bedeutet: Möchte ein Windkraftanlagenbetreiber in MV die Bundesregelung nutzen, muss er trotzdem auch die Landesregelung vollumfänglich erfüllen. „Wir halten dies in der absoluten Form für einen Wettbewerbsnachteil für die Windbranche im Land“, sagen die Koalitionsfraktionen. Auf Initiative der SPD schlugen sie deshalb eine Ergänzung im Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz vor. Diese soll es den zuständigen Behörden in MV erlauben, Ausnahmen von den Beteiligungspflichten zuzulassen, wenn der Anlagenbetreiber Gemeinden oder Bürger/innen bereits anderweitig – etwa nach der Bundesregelung – beteiligt. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig und ohne Aussprache zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Gesetzentwurf SPD/CDU  
Drucksache 7/6042*

## Digitale Teilhabe auf dem Prüfstand

Wie kann in Alten- und Pflegeheimen der Zugang zum Internet verbessert werden? Wie lassen sich Beratungs-

angebote zur digitalen Teilhabe von Senioren weiter ausbauen? Der Landtag hat die Landesregierung mit den Stimmen von SPD und CDU beauftragt, das zu prüfen. Der Anstoß für den Antrag der Koalitionsfraktionen ging von der CDU aus. Im Kern geht es darum, digitale Kompetenzen auszubauen. Mit zunehmendem Alter lasse zwangsläufig die Mobilität nach. Gleichzeitig spiele die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen eine immer weiter fortschreitende Rolle. Zum Beispiel beim Einkaufen, bei Behördengängen, in der Telemedizin, erläuterte die CDU. Deshalb sei es wichtig, Senioren im Nutzen dieser digitalen Angebote zu befähigen, gleichzeitig aber auch die Risiken digitaler Mobilität zu vermitteln. „Wir müssen da weiterkommen“, pflichtete die SPD bei. Die Möglichkeiten der Digitalisierung böten insbesondere älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen die Chance, mehr als bisher am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Digitale Infrastruktur schreite in MV gut voran. Jetzt sei es an der Zeit, auch bei den Nutzungsmöglichkeiten „auf Ballhöhe zu kommen“. Die AfD warf den Koalitionsfraktionen vor, das Thema bisher komplett verschlafen zu haben – und jetzt, kurz vor dem Wahlkampf, dieses Klientel mit Kalkül in den Blickpunkt zu rücken. Den eingeforderten überregionalen Dialog gebe es bereits, zum Beispiel mit dem Projekt „Silver-Surfer“. Die Koalitionsfraktionen hätten bestehende Möglichkeiten wie diese aber stets vernachlässigt. Die AfD bemängelte außerdem, dass der Antrag keine konkreten Maßnahmen, sondern lediglich Prüfaufträge enthalte. Dem schloss sich DIE LINKE an. Sie appellierte an die Koalitionsfraktionen, keine weitere Zeit mit Prüfungen zu verlieren, sondern mit konkreten Maßnahmen zu handeln. Ihr Hauptaugenmerk richtete sich auf Medienkompetenz und Medienbildung. Die Schubladen seien voll mit guten Konzepten. Sie forderte, endlich auch Geld dafür in die Hand zu nehmen. Der vorliegende Antrag helfe diesbezüglich nicht weiter. Beide Oppositionsfraktionen lehnten ihn ab. Der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe enthielt sich.

*Gesetzentwurf CDU/SPD  
Drucksache 7/5850*



Foto: Jens Büttner

*Begrünte Fassaden wie diese in Schwerin sind derzeit noch eine Ausnahme.*

## Land soll für mehr Grünflächen sorgen

Mehr Grün auf Freiflächen, Dächern und Fassaden: Der Landtag hat der Landesregierung aufgetragen, diesen Aspekt bei Neubau- und Sanierungsvorhaben des Landes stärker in den Blick zu nehmen. Und auch Städte und Gemeinden zu ermuntern, den Anteil von Grün- und Blühflächen zu erhöhen. Eingereicht wurde der Antrag von den Koalitionsfraktionen. Die Initiative dazu ging von der SPD aus. In dicht bebauten Innenstädten stauet sich die Hitze, begründeten die Sozialdemokraten ihren Vorstoß. Dieser Wärmeinsel-Effekt führe dazu, dass es in Städten um bis zu fünf Grad wärmer sein könne als im Umland. Stadtgrün reduziere diesen Hitzeeffekt und wirke sich positiv auf den Wasserhaushalt einer Kommune aus, argumentierte die SPD. Nicht zuletzt trage der Blick aufs Grüne auch zu einem guten Lebensgefühl bei. Der Antrag wolle erreichen, dass das Land alle Möglichkeiten der Begrünung nutze, pflichtete die CDU bei. Grün habe immer auch soziale, kulturelle, ökonomische und ökologische Funktionen. Beispiele wie die Bundesgartenschau in Schwerin und die Internationale Gartenbauausstellung in Rostock belegten die positiven Effekte. Die Ideen seien weder revolutionär noch kreativ meinte die AfD. Die Frage nach mehr Grün sei zwangsläufig mit Baukultur in Städten verbunden – und die verlaufe völlig konträr zu den

Forderungen des Antrags. Hier müsse man aber nicht mit Blick auf den Klimawandel ansetzen, sondern bei der Ausbildung von Architekten und Stadtplanern. Bauen müsse wieder eine Ausdrucksform der Kunst werden. DIE LINKE begrüßte es, Dächer und Fassaden zu begrünen. Sie bemängelte aber, dass der Antrag zu unverbindlich bleibe. Er beschränke sich lediglich darauf, zu prüfen und zu beraten. Und das, kurz vor Ende der Legislatur. Das sei zu wenig. Begrünungen brauchten Pflege und Wartung. Dadurch entstehe immer ein Aufwand. Ihre Befürchtung: Eine Prüfung werde immer zu dem Ergebnis kommen, dass das Vorhaben nicht wirtschaftlich sei und deshalb nicht umgesetzt werden könne. Die Punkte zwei bis vier des Antrags wurden einstimmig beschlossen. Punkt eins, in dem der Antrag eine Verbindung zum Klimawandel zieht, lehnte die AfD ab.

*Antrag SPD/CDU  
Drucksache 7/5968*



| Drs.-Nr. | Initiator          | Gesetz  | Federführender Ausschuss  | Beratungsverlauf                                |
|----------|--------------------|---|---------------------------|---|
| 7/2248   | BMV                | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung Kommunalabgabengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalabgabengesetz - 2. KAGÄndG M-V)  | Innen- und Europausschuss | 1. Lesung: 27.06.2018 in Beratung               |
| 7/2573   | SPD, CDU           | Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes   | Rechtsausschuss           | 1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung               |
| 7/2574   | SPD, CDU           | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes  | Rechtsausschuss           | 1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung               |
| 7/2575   | SPD, CDU           | Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern   | Rechtsausschuss           | 1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung               |
| 7/5724   | LReg.              | Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Carsharing in Mecklenburg-Vorpommern (Carsharingförderungsgesetz - CsgG M-V)   | Energieausschuss          | 1. Lesung: 27.01.2021 in Beratung               |
| 7/5844   | CDU,SPD, DIE LINKE | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bestattungsgesetzes   | Wirtschaftsausschuss      | 1. Lesung: 10.03.2021 in Beratung               |
| 7/5860   | AfD                | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung und des Landesverfassungsgerichtsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern  | –                         | 1. Lesung: 10.03.2021 Ablehnung der Überweisung |
| 7/5861   | AfD                | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Gleichstellungsgesetz - GiG M-V)                             | –                         | 1. Lesung: 10.03.2021 Ablehnung der Überweisung |
| 7/5862   | AfD                | Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz - SchulG M-V)  | –                         | 1. Lesung: 10.03.2021 Ablehnung der Überweisung |
| 7/5864   | LReg.              | Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (4. ÄndG LBauO M-V)   | Energieausschuss          | 1. Lesung: 10.03.2021 in Beratung               |
| 7/5866   | LReg.              | Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Krebsregistrierungsgesetzes   | Wirtschaftsausschuss      | 1. Lesung: 10.03.2021 in Beratung               |
| 7/5874   | DIE LINKE          | Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern   | –                         | 1. Lesung: 10.03.2021 Ablehnung der Überweisung |
| 7/5877   | DIE LINKE          | Entwurf eines Gesetzes über die Förderung der Produktionsschulen in Mecklenburg-Vorpommern (Produktionsschulgesetz M-V - ProdschulG M-V)  | –                         | 1. Lesung: 10.03.2021 Ablehnung der Überweisung |
| 7/5935   | LReg.              | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesministeregesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse Parlamentarischer Staatssekretäre  | Rechtsausschuss           | 1. Lesung: 14.04.2021 in Beratung               |
| 7/5936   | LReg.              | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Infektionsschutzausführungsgesetzes und anderer gesundheitlicher Vorschriften   | Wirtschaftsausschuss      | 1. Lesung: 14.04.2021 in Beratung               |
| 7/5943   | AfD                | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Ladenöffnungsgesetz - LöffG M-V)   | –                         | 1. Lesung: 14.04.2021 Ablehnung der Überweisung |
| 7/5972   | LReg.              | Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Glücksspielstaatsvertragsausführungsgesetzes und zur Änderung des Feiertagsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern  | Innen- und Europausschuss | 1. Lesung: 14.04.2021 in Beratung               |
| 7/6041   | SPD, CDU           | Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgesetzes  | Bildungsausschuss         | 1. Lesung: 05.05.2021 in Beratung               |
| 7/6042   | SPD, CDU           | Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetzes (1. ÄndG BüGembeteilG M-V)   | Energieausschuss          | 1. Lesung: 05.05.2021 in Beratung               |
| 7/6044   | AfD                | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern (Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz - WoftG M-V) | –                         | 1. Lesung: 05.05.2021 Ablehnung der Überweisung |
| 7/6048   | LReg.              | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesrundfunkgesetzes  | Innen- und Europausschuss | 1. Lesung: 05.05.2021 in Beratung               |

| Drs.-Nr. | Initiator | Gesetz  | Federführender Ausschuss | Beratungsverlauf                                     |
|----------|-----------|---|--------------------------|--|
| 7/6049   | LReg.     | Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung und den Betrieb des elektronischen Gesundheitsberuferegisters als gemeinsame Stelle der Länder zur Ausgabe elektronischer Heilberufs- und Berufsausweise sowie zur Herausgabe der Komponenten zur Authentifizierung von Leistungserbringerinstitutionen (eGBR-Staatsvertrag - eGBRStVtr) | Wirtschaftsausschuss     | 1. Lesung:05.05.2021<br>in Beratung                  |
| 7/6050   | LReg.     | Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für Nutztierbiologie“   | Agrarausschuss           | 1. Lesung:05.05.2021<br>in Beratung                  |
| 7/6051   | LReg.     | Entwurf eines Gesetzes zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten   | Wirtschaftsausschuss     | 1. Lesung:05.05.2021<br>in Beratung                  |
| 7/6052   | DIE LINKE | Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes  | –                        | 1. Lesung:05.05.2021<br>Ablehnung<br>der Überweisung |

## Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 5. Mai 2021 entschieden | Stand: 10.05.2021

| Drs.-Nr. | Gesetz  | Initiator | Abstimmung im Plenum                           | Beschluss |
|----------|---|-----------|--|-----------|
| 7/5440   | Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften des Landes Mecklenburg-Vorpommern  | LReg.     | 1. Lesung:28.10.2020<br>2. Lesung: 05.05.2021  | Annahme   |
| 7/5725   | Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes  | LReg.     | 1. Lesung: 27.01.2021<br>2. Lesung: 05.05.2021 | Annahme   |
| 7/5863   | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesreisekostengesetzes und des Landesumzugskostengesetzes  | LReg.     | 1. Lesung: 10.03.2021<br>2. Lesung:05.05.2021  | Annahme   |
| 7/5865   | Entwurf eines Gesetzes über das Hausrecht bei Gerichten und Staatsanwaltschaften und über die Befugnisse des Justizwachtmeisterdienstes in Mecklenburg-Vorpommern (Hausrecht- und Justizwachtmeister-Befugnisse-Gesetz - HJWBG M-V) | LReg.     | 1. Lesung:10.03.2020<br>2. Lesung: 05.05.2021  | Annahme   |
| 7/5867   | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zensusausführungsgesetzes 2021  | LReg.     | 1. Lesung: 10.03.2021<br>2. Lesung: 05.05.2021 | Annahme   |
| 7/5875   | Entwurf eines Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen  | DIE LINKE | 1. Lesung: 10.03.2021<br>2. Lesung:05.05.2021  | Ablehnung |
| 7/5876   | Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesrechnungshofgesetzes (LRHG)   | DIE LINKE | 1. Lesung: 10.03.2021<br>2. Lesung: 05.05.2021 | Ablehnung |
| 7/5934   | Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR-Staatsvertrag)  | LReg.     | 1. Lesung:10.04.2021<br>2. Lesung:05.05.2021   | Annahme   |



Mitglieder der Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“ im August 2020

Foto: Landtag MV

## Abschlussbericht

Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“

■ Die Enquete-Kommission hat in ihrer 20. und letzten Sitzung am 26. Mai den Abschlussbericht verabschiedet und eine Reihe von Handlungsempfehlungen für die kommende Legislaturperiode beschlossen. Oberstes Ziel dabei ist es, trotz der bestehenden Herausforderungen auch zukünftig eine hochwertige und flächendeckende medizinische Versorgung im Land zu gewährleisten.

Die Enquete-Kommission hat in weniger als einem Jahr zahlreiche Akteure aus dem Gesundheitswesen sowie Vertreterinnen und Vertreter von Selbsthilfeorganisationen, insgesamt über 80

Personen, angehört, um Probleme in der medizinischen Versorgung zu identifizieren und Lösungsansätze aufzuzeigen.

MV hat als Flächenland besonders mit den Folgen des demographischen Wandels zu kämpfen. Unser Bundesland weist mit 69 Einwohnern pro km<sup>2</sup> die geringste Einwohnerdichte in ganz Deutschland auf. Das Durchschnittsalter der hier lebenden Bevölkerung ist im Vergleich zu 2011 von damals 45,8 Jahre auf etwa 47,2 Jahre im Jahr 2019 angestiegen. Etwa ein Viertel der Bevölkerung des Landes ist bereits 65 Jahre alt oder älter. Eine älter werdende Bevölkerung benötigt tendenziell mehr Gesundheitsleistungen. Dieser Sachverhalt wird durch einen gleichzeitig auftretenden Fachkräftemangel noch verschärft. Dazu kommt der voranschreitende technologische und medizinische Fortschritt, sodass viele spezialisierte Angebote nur in Zentren erbracht werden können. Das führt gerade in einem Flächenland wie MV teilweise zu langen Anfahrtswegen. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen ge-

staltet sich damit insbesondere für Personen, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, oft schwierig.

Auf Grundlage der Anhörungsergebnisse und des bei der Health Care Business GmbH in Auftrag gegebenen Gutachtens (KDRs. 7/42) wurde in den Arbeitskreisen der Fraktionen diskutiert, wie eine nachhaltige Versorgungsplanung unter dem Zielkonflikt „Qualität-Erreichbarkeit-Finanzierung“ zukünftig gestaltet werden sollte.

Nachdem sich die Kommission in der 20. Sitzung auf einige Ergänzungen und Änderungsvorschläge zum Abschlussbericht einigen konnte, wurde dieser mit Mehrheit beschlossen. Danach stand die Beratung der vorgelegten Handlungsempfehlungen auf der Tagesordnung. Diese waren im Vorfeld zum einen durch die von der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE benannten Kommissionsmitglieder (KDRs. 7/52) sowie zum anderen durch die von der AfD-Fraktion benannten Kommissionsmitglieder (KDRs. 7/48 bis KDRs. 7/51) erarbeitet worden. Nach



ausführlicher Beratung einigte sich die Enquete-Kommission mit deutlicher Mehrheit auf die gemeinsamen Handlungsempfehlungen der Mitglieder der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE.

Um eine qualitativ hochwertige und gleichzeitig erreichbare medizinische Versorgung zu gewährleisten, wird zukünftig eine sektorenübergreifende Versorgungsplanung empfohlen, um das Leistungsangebot an den regionalen Bedarf anzupassen. Eine weitere Reduzierung der Krankenhausstandorte im Land wird abgelehnt. Stattdessen sollen kleine Krankenhäuser, wenn zielführend, zu Integrierten Gesundheitszentren umgewandelt werden, die sowohl stationäre als auch ambulante Behandlungsangebote sektorenübergreifend vorhalten und so die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten sichern sollen. Grundvoraussetzung für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen ist die ausreichende Verfügbarkeit von Fachkräften. Um dem bereits vorhandenen beziehungsweise drohenden Mangel entgegenzuwirken sollen die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen, die Landarztquote und das Stipendiumprogramm im Land ausgebaut werden. Außerdem sollen das Schulgeld in den Ausbildungsberufen abgeschafft und attraktivere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Einen anderen Schwerpunkt stellt die Digitalisierung des Gesundheitswesens und der damit verbundene Ausbau der Telemedizin dar. Die Bildung eines telemedizinischen Zentrums und der Aufbau eines telemedizinischen Netzwerkes sollen helfen, fachärztliches Know-how auch in der Fläche zeit- und ortsunabhängig zur Verfügung zu stellen. Empfohlen wird, die erarbeiteten Ergebnisse in der nächsten Legislaturperiode von einer dafür gebildeten Regierungskommission unter Beteiligung der involvierten und betroffenen Akteure umsetzen zu lassen. Als unabdingbar für die Errei-

chung notwendiger Veränderungen wird dabei ein gemeinsames und konstruktives Handeln gesehen.

Am Ende der letzten Sitzung bedankte sich der Vorsitzende Jörg Heydorn bei den Kommissionsmitgliedern herzlich für ihre Unterstützung und die gute Zusammenarbeit.

Der im Landtag behandelte Abschlussbericht mit den Handlungsempfehlungen, alle Kommissionsdrucksachen sowie weitere Informationen zur Enquete-Kommission finden sich auf der Internetseite der Kommission unter <https://www.landtag-mv.de/landtag/ausschuesse/enquete-kommission>.

## Der NSU

Und die Frage nach dem Warum

■ **Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtages MV zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten in MV tagte am 23. April im Plenarsaal des Schweriner Schlosses in 64. Sitzung. Auf der Tagesordnung stand die öffentliche Anhörung Mustafa Turguts, dem Bruder Mehmet Turguts, eines der Opfer des NSU.**

„Vor mehr als 17 Jahren wurde mein Bruder von dem NSU getötet. Ein junger Mensch wurde auf einmal aus dem Leben gerissen, ohne irgendetwas gemacht zu haben. Es war schrecklich, nicht zu wissen, weshalb unser Bruder getötet wurde. Wir haben uns jahrelang immer wieder die Frage gestellt, warum.“ Mustafa Turgut, der trotz der herrschenden Corona-Pandemie den Weg in den 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gefunden hatte, berichtete dem Ausschuss unter anderem von der bis heute quälenden Frage seiner Familie, warum das NSU-Trio gerade seinen Bruder am 25.02.2004 in Rostock Toitenwinkel ermordete. Neben der Ungewissheit und dem Verlust eines Familienmitglieds seien sie in der Türkei jahrelangen Ermittlungen ausgesetzt gewesen. Sowohl die deutschen als auch die türkischen Strafverfolgungs-

behörden ermittelten gegen die Familie und, wie sich nach der sogenannten Selbstenttarnung des NSU im November 2011 herausstellte, in die falsche Richtung. Die Folge: „Wir wurden von allen Seiten bedrängt. Es kamen die Gerüchte auf, meine Eltern mussten aus ihrem Dorf wegziehen.“

Mustafa Turgut betonte, dass trotz des fünfjährigen NSU-Prozesses viele Fragen offengeblieben seien und mögliche Helfer des Trios nicht zur Rechenschaft gezogen wurden: „Viele Tatorte waren so gelegen, dass sich nur Einheimische dort aufgehalten haben müssen. Und leider wissen wir daher immer noch nicht, wie der NSU die Tatorte gewählt hat [...] wir glauben, dass der NSU Helfer vor Ort hatte. Wir glauben, dass der NSU größer ist, als bisher angenommen wird.“ Die Ausschussvorsitzende Ann Christin von Allwörden bedankte sich im Namen des Ausschusses für die Beantwortung der Fragen und machte deutlich, dass die weitere Aufklärung der NSU-Verbrechen und insbesondere der Fall Mehmet Turgut im Untersuchungsausschuss oberste Priorität gehabt haben: „Herr Turgut, ich möchte mich noch einmal im Namen des gesamten Ausschusses bedanken, dass Sie hier sind und ich weiß, dass Ihnen, nichts was wir auch immer tun, Ihren Bruder zurückbringt. Ich [...] hoffe sehr, dass Ihnen zumindest das Gefühl bei uns hier in Mecklenburg-Vorpommern gegeben werden konnte, dass wir uns intensiv mit dem Fall Ihres Bruders befassen.“

Auch wenn mit der Befragung von Mustafa Turgut die öffentlichen Anhörungen und Zeugenvernehmungen des Ausschusses beendet sind, wurde die Beweisaufnahme nicht geschlossen, da immer noch zahlreiche Aktenlieferungen ausstehen. Mehrere Fraktionen signalisierten außerdem, dass das Thema auch in der neuen Wahlperiode eine Rolle spielen werde, da zu viele Fragen ungeklärt blieben.





Über den Livestream konnten die Redebeiträge in Gebärdensprache verfolgt werden.

## Digitaler Kongress

Zweiter Tag für Menschen mit Behinderung

■ „Dieser Tag heute ist nicht das Ende eines Projekts. Wir werden weiter auf dem eingeschlagenen Weg voranschreiten“, mit diesen Worten endete die Moderation von Matthias Crone am zweiten landesweiten Tag der Menschen mit Behinderung in MV. Ein Gedanke, der sich in vielen Redebeiträgen wiederfand.

Der ursprünglich in Präsenz geplante Kongressteil fand coronabedingt in einem digitalen Format statt, dem über den Live-Stream des Landtages 125 Menschen folgten. In den Grußworten von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Landtagsvizepräsidentin Marion Schwenke und Sozialministerin Stefanie Drese, sowie auch in den Grußworten aller im Landtag vertretenen Parteien wurde deutlich: die Politik hört zu, nimmt auf und verspricht, sich den Belangen von Menschen mit Behinderung anzunehmen.

Vier Arbeitsgruppen hatten den Tag inhaltlich über zwei Jahre und in insgesamt über 50 Treffen und Video-Konferenzen vorbereitet. Inhaltliche Schwerpunkte waren Gesundheit, Barrierefreiheit, Bildung und politische Partizipation.

Um schon bei der Gesetzgebung die Belange von Menschen mit Behinderung besser zu berücksichtigen, sollen



Der Tag der Menschen mit Behinderung fand als Hybridveranstaltung statt.



Landtagsvizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke



Torsten Koplin (Vorsitzender des Sozialausschusses)

deren Selbstvertretungsorganisationen frühzeitig einbezogen werden. In allen Kreisen und kreisfreien Städten soll es Behindertenbeiräte und hauptamtliche Behindertenbeauftragte geben. Chancengleichheit muss früh beginnen. Dafür sollen die frühkindliche Förderung ausgebaut sowie der Personalschlüssel für Krippen, Kitas und Schulen verbessert werden. Bis spätestens 2030 sollen Bildungseinrichtungen im Land barrierefrei sein. Gleiches gilt für öffentliche Gebäude und medizinische Einrichtungen von der Arztpraxis bis zum Physiotherapeuten. Ein Kompetenzzentrum „Barrierefreies Bauen“ soll dabei beratend zur Seite stehen.

Im Rückblick spielte auch die Corona-Pandemie eine Rolle. Viele Rednerinnen und Redner verwiesen darauf, dass in Krisenzeiten Menschen mit Behinderung allzu leicht in den Hintergrund rücken. So durften in den ersten Monaten der Pandemie keine Besucher die Pflege- und Behinderteneinrichtungen

betreten. Werkstätten für Menschen mit Behinderung wurden geschlossen, Förderschulen auf einen Notbetrieb reduziert. Doch alle Beteiligten haben gelernt in dieser Pandemie und so lief in der zweiten Corona-Welle schon Vieles besser als in der ersten.

Wie geht es nun weiter mit den Forderungen? Viele Beteiligte sehen das Wahljahr 2021 als große Chance. Hier gilt es für alle Parteien, Farbe zu bekennen, in den Wahlprogrammen, im Wahlkampf, in den Koalitionsverhandlungen und schließlich im Wirken der neuen Regierung. Denn: Dieser Tag war nicht das Ende eines Projekts.

Foto: Cornelius Kettler



Seit 2020 lädt die Kultur-Reihe „AufgeSCHLOSSen“ in den Innenhof des Schweriner Schlosses ein.

## AufgeSCHLOSSen für Kultur

Planungen für Veranstaltungen im Innenhof des Schweriner Schlosses stehen

■ Die im vergangenen Jahr begonnene Veranstaltungsreihe „AufgeSCHLOSSen. Eine Bühne in MV“ im Schweriner Schlossinnenhof wird auch in diesem Jahr unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Birgit Hesse fortgesetzt.

Auch wenn Planungen aufgrund von Corona bedingten Einschränkungen aktuell schwierig sind, ist ein buntes Programm von Theater über Konzerte bis hin zu besonderen gastronomischen Events vorbereitet. Den Auftakt gestaltet das Mecklenburgische Staatstheater mit „Die Schildbürger“. Vom 12. Juni bis zum 10. Juli nutzt das Ensemble die einmalige Kulisse des Schlossinnenhofs für das Schauspiel der tolldreisten Bürger von Schilda, die mit Witz und Aberwitz bis an die Schmerzgrenze gehen, um der Welt ihre Dummheit zu beweisen.

Ab 15. Juli folgen bis voraussichtlich Ende September Events verschiedener Veranstalter. Darunter unter anderem ein Konzert des Bundesjazzorchesters, Lesungen, Filmabende sowie Veranstal-

tungen zum Filmkunstfest MV Anfang September. Detaillierte Ankündigungen können gegebenenfalls kurzfristig erfolgen.

Die Reihe „AufgeSCHLOSSen“ wurde 2020 auf Initiative von Landtagspräsidentin Birgit Hesse ins Leben gerufen, um Künstlern und Veranstaltern, die aufgrund der Corona bedingten Einschränkungen viele der geplanten Veranstaltungen nicht durchführen konnten, eine Bühne zu bieten und Auftritte zu ermöglichen. Zustande gekommen war eine bunte Mischung – vom Heavy Metal-Konzert, über Kabarett-Formate, Kinovorführungen bis zu einem Poetry Slam.

„Wir haben im letzten Jahr, in dem das Corona-Virus das öffentliche Leben stark eingeschränkt hat, mitansehen müssen, dass viele Menschen, Firmen, Vereine und Institutionen in unserem Land die für die Eindämmung notwendigen Schritte hart getroffen haben. Es war abzusehen, dass es die Kulturszene und die Veranstaltungswirtschaft besonders

## AUFGESCHLOSSEN EINE BÜHNE IN MV

|               |                                   |
|---------------|-----------------------------------|
| 12.6. - 10.7. | Theater „Die Schildbürger“        |
| 15.7.         | Niels Frevert                     |
| 22.7.         | Musikalische Lesung Toni Krahl    |
| 23.7.         | Blue Light                        |
| 24.7.         | Diana Salow                       |
| 28.7.         | Heimatverband Steffen Dobbert     |
| 29.7.         | five men on the rocks             |
| 30.7.         | Orchester für Alte Musik: Vivaldi |
| 31.7.         | Pohlmann                          |
| 1.8.          | Landespolizei-Orchester           |
| 5.8.          | Karussell                         |
| 6.8.          | Sconehead                         |
| 7.8.          | Bad Penny                         |
| 8.8.          | Achim Reichel                     |
| 13.8.         | Funny van Dannen                  |
| 14.8.         | Dota                              |
| 15.8.         | Lotte                             |
| 20.8.         | Moritz Neumeier                   |
| 22.8.         | Staatstheater Parchim OKAPI       |
| 30.8.-5.9.    | Filmkunstfest                     |

Wo? Schlossinnenhof | [www.schwerin.de](http://www.schwerin.de)

schwer haben werden, weil Auftritte vor Publikum, Geselligkeit und Veranstaltungen unterbleiben mussten. Für uns war und ist klar: Sobald wir hier wieder Publikum empfangen dürfen, müssen wir etwas tun.“, begründet Landtagspräsidentin Birgit Hesse ihr Engagement.

Im vergangenen Jahr haben über 4100 Besucherinnen und Besucher die mehr als 30 Veranstaltungen verfolgt. 148 Künstler standen auf der Bühne. „Ich bin begeistert davon, wie gut die Bühne in unserem Innenhof im letzten Jahr angekommen ist. Von den Künstlerinnen und Künstlern wie auch vom Publikum erhielten wir eine große positive Resonanz. Für uns war deshalb klar, dass wir dieses Angebot fortführen wollen. Ich freue mich, wenn wir möglichst viele Menschen in den kommenden Wochen im Innenhof des Schlosses begrüßen können und ihnen gelungene Sommerabende bescheren.“



## Update Baustelle

Deckenabbruch über dem alten Plenarsaal hat begonnen

Die Sanierung des Burgseeflügels im Bereich des ehemaligen Plenarsaals stellt sowohl für die Landtagsverwaltung, die beauftragten Firmen als auch für die Parlamentarier und Fraktionen eine große logistische Herausforderung dar. Wie bei jeder Baustelle ist zunächst der Bauablauf zu berücksichtigen. Im Schweriner Schloss kommt jedoch erschwerend hinzu, dass geräuschintensive Arbeiten mit dem laufenden Parlamentsbetrieb in Einklang gebracht werden müssen.



Die Füllungen zwischen den Stahlträgern werden herausgestemmt.



In einem zweiten Schritte werden die freigelegten Stahlträger herausgebaut.

Aktuell findet der Abbruch der Decke über dem ehemaligen Plenarsaal im dritten Obergeschoss statt. Segmentweise werden die Steine zwischen den



Fotos: Landtag MV

Der NDR Schwerin begleitet die Arbeiten im Schloss mit der Kamera. Die Dokumentation soll im Jahr 2022 ausgestrahlt werden.

Stahlträgern herausgenommen. Sobald die Stahlträger freiliegen, können auch diese entnommen werden. Der feldweise Einbau der neuen Deckenfelder soll im Sommer 2021 erfolgen.

Die Ertüchtigung der Stahlkonstruktion im Fußboden durch Korrosionsschutz der Bestandskonstruktion und Ergän-

zung von Stahlträgern wurde abgeschlossen. Holzwerkstoffplatten auf den Fußbodenträgern bieten eine Aufstellenebene für das notwendige Raumgerüst. Parallel werden die Mauerwerks Pfeiler zuerst vertikal eingeschnitten und dann aufgestemmt, um einen Stahlbetonkern einzubauen, damit sie stabil und solide die zukünftige neue Decke tragen können.

Im 6. OG hat bereits der Trockenausbau begonnen. Die Trockenbauarbeiten sollen bis zum Sommer 2021 abgeschlossen sein, der Innenausbau erfolgt in der Sommerpause 2021.

*„Faszinierend an alten Gemäuern ist immer wieder, Spuren der Vergangenheit zu finden und zu verstehen. Hierfür braucht es viel Erfahrung, handwerkliches Geschick und vor allem Begeisterung und Liebe zum Mauerwerk. Wir sind stolz, an den Sanierungen am Schloss mitwirken zu können. Ich durfte schon das Mauerwerk im neuen Plenarsaal mit sanieren. In der Baumaßnahme Burgseeflügel arbeite ich die nachfolgenden Generationen ein, um zum Ende der Baumaßnahme den Staffelstab an meinen Schwiegersohn Tobias Schröder und die jüngeren Kollegen zu übergeben.“*

**Norbert Schneider,**  
Maurermeister,  
Michael Gabler GmbH

Die Mitarbeiter der Firma Michael Gabler GmbH aus Schwerin sind Maurerwerksmeister der „alten Schule“. Sie können Mauerwerk „lesen“ und historische Spuren verstehen. Sie wirkten bereits bei der Umsetzung des Neuen Plenarsaals mit.

*„Es ist für mich ein schöner und gleichzeitig stolzer Gedanke, als Kind in den 1970iger Jahren, im Schlossgarten und in der tollen Steingrotte am Wasser „getobt“ zu haben. Regelmäßig zu Gast, im noch damals ansässigen technischen Museum im Schloß gewesen zu sein und nun 45 Jahre später, mit meinem tollen Team, an der Werterhaltung und Modernisierung des Schweriner Schlosses, einen kleinen Teil mitzuwirken.“*

**Stefan Möller,**  
Tischlermeister/Geschäftsführer, Alpha-Connect UG

Die Mitarbeiter der Firma Alpha-Connect UG sind für die Trockenbauarbeiten im 6.OG (Wände, Fußbodenaufbauten, Akustikdecken) zuständig.

Fotos: Landtag MV



Mit einer speziellen Kreissäge werden die Schnitte in das Mauerwerk gebracht.



Im 6. OG hat der Trockenausbau begonnen. Hier sollen Büros entstehen.

Mit dem Rückbau der Einbauten im 7. Obergeschoss wurde das statische System der Abhängekonstruktionen der Decken vom Dach bis zum 3. Obergeschoss sichtbar. Diese Konstruktion

„Das Schweriner Schloss als Baustelle für unsere Firma ist nach Jahrzehnten – und auch heute noch – eine technische und organisatorische Herausforderung. Es birgt immer wieder nicht geplante Hindernisse, die es gilt, zeitnah mit einzuplanen und zu überwinden. Dafür ist eine gute Koordination unter den verschiedenen Gewerken und der Bauleitung sehr wichtig.“

**Marco Frahm,**  
Bauleitender Polier,  
Neumühler Bauhütte GmbH

Die Mitarbeiter der Firma Neumühler Bauhütte verantworten die Sanierung der Stahlkonstruktionen, der Abhänger und den Austausch sowie Ergänzungen von Befestigungsmitteln und den Korrosionsschutz.

ist im Schloss einmalig. In den unteren Geschossen müssen die Abhänger aufgrund von Brandschutzanforderungen komplett bekleidet werden. In einem offenen 7. Obergeschoss gibt es aufgrund der Höhe zudem eine beeindruckende Aussicht in Richtung See über das Schloss und in Richtung Stadt, was ansonsten nur in den Turmzimmern möglich ist. Durch die ursprünglich geplanten Einbaumaßnahmen von zwei Büros nach heutigen klima- und brandschutztechnischen Anforderungen wäre die Stahlkonstruktion nicht mehr sichtbar, da tragende Bauteile eingehaust werden müssten. Daher wird untersucht, welche alternativen Möglichkeiten bestehen, um die Konstruktion sichtbar zu lassen und auch für Besucher zugänglich zu machen. Laut aktuellem Ablaufplan ist die Inbetriebnahme des 6. Obergeschosses und der neuen WC-Anlagen im 2. OG am Café Niklot bis zum Beginn der neuen Legislaturperiode 2021 geplant. Die Fertigstellung des gesamten 3., 4. und 7. Obergeschosses soll ein Jahr später abgeschlossen sein.

„Ich bin seit über 16 Jahren hier am Schweriner Märchenschloss tätig.

Ich habe das Schloss vom Keller bis zum Dach mit all seinen Gebäudeteilen kennengelernt und bewundere es jeden Tag wieder neu.

In unzähligen Träumen sind Ideen gereift, ich habe viel Wissen und Fachkompetenz hinein investiert und verwirklicht. Ich habe literweise Schweißtropfen im Schloss gelassen, aber auch tausende tolle Eindrücke und Momente mit nach Hause genommen.

Bei den vielen verschiedenen Bauabschnitten, welche ich in dieser Zeit erlebt habe, bestätigt sich meine Philosophie immer wieder: „Gemeinsam geht es leichter, wir kommen alle nur gemeinsam ans Ziel, packen wir es an“.

**Jörg Nagel,**  
Restaurator im Handwerk/  
Geschäftsführer,  
Neumühler Bauhütte GmbH



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben bemustern gemeinsam mit Marek Sander vom Büro CR Schwabe die Gestaltung der Wände und Böden der neuen Fraktions- und Besprechungsräume.

„Bei meinem ersten Rundgang über die Baustelle im Burgseeflügel des Schweriner Schlosses war ich erstaunt über die Größe, die von außen so nicht erkennbar war.

Nun kenne ich mittlerweile jeden Winkel. Insbesondere gilt es für mich, auftretenden Baulärm so zu koordinieren, dass er nicht die Sitzungen des Landtages stört und allgemein dabei zu helfen, den Bauablauf zu organisieren.

**Nikolas Libedinsky,**  
zeitweise Werksstudent,  
CRS Bauleitung







Foto: Cornelius Kettler

Am Pfingstsonntag, den 23. Mai, öffnete die Schweriner Schlossgastronomie, nachdem sie mehr als sechs Monate geschlossen war.

## Neustart für Schlossgastronomie

Interview mit Geschäftsführer Arne Lawrenz

■ Seit 23. Mai ist die Orangerie des Schweriner Schlosses wieder geöffnet und lockt mit kulinarischen Köstlichkeiten und abwechslungsreichen Kuchen und Kaffeespezialitäten. Mehr als 6 Monate war die Schlossgastronomie pandemiebedingt geschlossen gewesen. Lediglich im Bischofskeller wurde in den letzten Monaten eine Grundversorgung mit Holservice aufrechterhalten. Keine leichte Situation für die erst zu Beginn 2020 organisatorisch und personell neu aufgestellte Schlossgastronomie und ihren Geschäftsführer Arne Lawrenz, wie er im Interview berichtet.

**Herr Lawrenz, wie blicken Sie auf das letzte halbe Jahr zurück?**

Ich schaue mit gemischten Gefühlen auf die letzten Monate. Zunächst bin ich froh, dass es meinem gesamten Team gesundheitlich gut geht. Aber daran schließen sich natürlich auch sofort Gedanken zur Situation der Schlossgastronomie an. Achtzig Prozent meiner Leute waren monatelang in Kurzarbeit, ein Umstand, der finanzielle Auswirkungen hat, für die Schlossgastronomie als Unternehmen, aber natürlich auch für jeden Einzelnen. Manch einer von ihnen hat sich mittlerweile sogar beruflich umorientiert.

Veranstaltungen und Hochzeiten mussten immer wieder verschoben werden. Das waren stellenweise sehr deprimierende Gespräche, die wir in diesem Zusammenhang geführt haben. Und dieser Stillstand hatte auch technische Auswirkungen. Unter anderem hat sich unsere Fritteuse, die sonst täglich im Einsatz war, „totgestanden“. Sie ist nicht

mehr in Gang zu bringen, so dass eine neue bestellt werden musste. Aber bei all dem gibt es auch erfreuliche Entwicklungen: zwei meiner Mitarbeiterinnen haben in dieser Zeit ein Kind bekommen.

**Welche Veränderungen gab es in der Schlossgastronomie während der letzten Monate?**

Von November bis Mai war der Restaurantbetrieb geschlossen. Im Bischofskeller haben wir in dieser Zeit einen To-Go-Service angeboten. Diesen aufrecht zu erhalten, war schon eine Herausforderung. Sie ist uns aber sehr gut gelungen. Neu ist, dass wir ein Mehrweg-Geschirr eingeführt haben. Dieses können Kunden einmalig kaufen und dann im Bischofskeller befüllen lassen. Neu ist auch, dass wir im Bischofskeller einen Tresen eingerichtet haben. Damit sind



Fotos: Cornelius Kettler



Gäste der Schlossgastronomie genießen die ersten warmen Sonnenstrahlen.



wir nun auch im Bischofskeller für Veranstaltungen bestens gerüstet. Außerdem wird hier im Sommer das geplante Akustikkonzept umgesetzt.

### Was wird es noch Neues geben?

Auch im Café Niklot kündigen sich Veränderungen beziehungsweise Verbesserungen an. Hier werden gerade in der Nähe des Turmzimmers neue Toilettenanlagen eingerichtet. Damit verkürzen sich die Wege für Gäste des Cafés deutlich, wenn es wieder geöffnet wird.

Nicht ganz neu, aber absolut erwähnenswert ist unser Angebot während Veranstaltungen im Innenhof. Sowohl während des Theaters im Innenhof

als auch während der Reihe „Aufgeschlossenen“ bieten wir am Eingang des Burggartens ein gastronomisches Angebot an. Zusätzlich ist in der Orangerie täglich von 11 bis 19:30 Uhr die Küche geöffnet. Und natürlich haben wir auch unser Speisenangebot optimiert. Neben der regulären Karte wird es zukünftig auch eine Saisonkarte geben.

Und schon jetzt zeigt sich, dass sich unser neuestes Angebot einer ausgesprochen großen Beliebtheit erfreut – unser selbst gebackener Kuchen! Zweimal die Woche backen wir von Apfel- über Pflaume- bis hin zu Rhabarberkuchen.



### Saisonkarte - Seasonal menu

|  |       |
|--|-------|
| Gebratene Maispoularde<br>Kräutersotto, Tomatengemüse<br>roasted corn poulard<br>herbal risotto, tomato vegetables   | 17,00 |
| Medallions vom Schweinefilet im Speckmantel<br>Estragon-Karotten, Röstkartoffeln<br>medallions of pork fillet wrapped in bacon<br>tarragon carrots, roasted potatoes | 17,00 |
| Gebratenes Zanderfilet<br>Saisonales Gemüse, Rösti-Taler<br>fried fillet of pikeperch<br>seasonal vegetables, hash browns  | 17,50 |
| Filet vom Ostseedorsch<br>Bratkartoffeln, Bierkräuter, Gurkensalat<br>fillet of Baltic cod<br>fried potatoes, mustard sauce, cucumber salad                          | 18,00 |

Zusätzlich zur regulären Karte werden in der Orangerie saisonale Speisen angeboten.

### Seit Pfingstsonntag dürfen sie wieder öffnen – wie ist der Start verlaufen?

Trotz des durchwachsenen Wetters war es ein toller Start. Man hat regelrecht gespürt, dass den Menschen ein Besuch im Schloss oder im Restaurant gefehlt hat. Das mäßige Wetter hat uns einen sanften Start ermöglicht, wodurch wir als Team gut unsere Abläufe einspielen konnten. Deutlich spürbar ist, dass die Testpflicht für den Innenbereich hinderlich ist. Im Innenraum war deutlich weniger los als außen.

### Wie blicken sie in Richtung des Sommers?

Wir freuen uns auf jede Menge Individualbesucher und die tollen, bisher verschobenen, Veranstaltungen, die wir hoffentlich bald umsetzen können. Meine Mitarbeiter freuen sich auf Gäste, Begegnungen und Austausch. Wir hoffen, dass es bald die Möglichkeit für Feierlichkeiten gibt, so dass wir dann neben Privat- oder Firmenfeiern auch wieder unsere touristischen Pakete wie die Kombination aus Schlossführung und Gastronomie anbieten können.

# Viel Vergangenes schwang noch mit

Vier Perspektiven auf den ersten Landtag nach der Wiedervereinigung

■ Im Oktober 1990 wurden 66 Frauen und Männer in den ersten Landtag Mecklenburg-Vorpommerns nach der Wiedervereinigung gewählt. Die meisten von ihnen waren neu in der Politik. Oft debattierten sie bis spät in die Nacht und verabschiedeten zahllose Gesetze und brachten eine Verfassung auf den Weg. Ihr Arbeitspensum in dieser ersten Legislatur war immens. Kennzeichnet waren die vier Jahre auch von einer knappen Mehrheit für die Regierungskoalition und zwei Kabinettsbildungen – inklusive des Wechsels des Ministerpräsidenten von Alfred Gomolka zu Berndt Seite. Hinzu kamen die ausländerfeindlichen Kravalle in Rostock-Lichtenhagen im August 1992, sowie zweifelhafte Verträge zur Sondermüll-Deponie Ihlenberg und die umstrittene Zukunft der Werften, die bundesweit für Schlagzeilen sorgten und im Landtag zu drei Untersuchungsausschüssen führten. Die Bilanz der ersten Legislatur fällt 27 Jahre danach bei Abgeordneten der vier damaligen Fraktionen unterschiedlich aus. Aber es gibt auch Gemeinsamkeiten.

"Unsere Fraktionsmitglieder waren sehr unterschiedlich, vom Hufschmied bis zum Professor war alles vertreten", erinnert sich der frühere Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, **Lorenz Caffier**, "denen zu erklären, wie eine Fraktion funktioniert, war eine Herausforderung. Jeder westdeutsche Gymnasiast wusste das wahrscheinlich besser als ich." Dann aber galt: "Ärmel hoch, machen, fertig. Bedenkenträger hatten bei uns keine Chance. Wir haben damals Spielräume gesucht. Da hat auch mal etwas nicht geklappt."

Die knappe Mehrheit für die CDU/FDP-Koalition von 34 zu 32 Mandaten habe die Abgeordneten diszipliniert. "Das war auch nötig, damit die Koalition halten konnte." Mit der FDP habe es so manche



Foto: Andreas Frost

Lorenz Caffier, seit 26. Oktober 1990 Mitglied des Landtages MV, von 2006 bis 2020 Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Konflikte gegeben. "Das meiste haben wir hinter verschlossenen Türen geklärt. Das wäre heute, wo jeder alles sofort twittert, kaum noch möglich", sagt Lorenz Caffier.

Während des politischen Streits um die Zukunft der Werften und auch während der Kabinettsbildungen, die aus CDU-internen Differenzen resultierten, "waren wir uns des Risikos bewusst, dass die Koalition brechen könnte, wenn wir das nicht vernünftig lösen". Im Alltagsgeschäft hat sich Caffier unterdessen über manche Vorschläge aus dem Westen gewundert. "Wenn man hier nicht groß geworden ist, kann man einige Sachen nicht beurteilen. Nicht jeder LPG-Mitarbeiter kann zur Hotelfachkraft umgeschult werden, wenn er sein Leben lang als Traktorist oder Feldarbeiter tätig war."

Caffier erinnert an die unterschiedlichen Biografien der CDU-Fraktionsmitglieder. Es gab heftige interne Diskussionen zwischen jenen, die "systemnah" beziehungsweise "systemfern" waren in der DDR, besonders ausgeprägt, als es

um die Zuarbeit mehrerer Abgeordneter für die DDR-Staatssicherheit ging. "Aber man hat zumindest offen darüber geredet. Das hat zu einem besseren Verständnis geführt." Die ablehnende Haltung von CDU, SPD und FDP gegenüber der Linken Liste/PDS, der Nachfolgerin der SED, hält Caffier immer noch für richtig. "Die Wende war noch nicht lange her. Für eine andere Haltung hätte man damals kein Verständnis bei den Bürgern gefunden."

Viel historischer "Balast" schwang während der ersten Legislatur noch mit, so Lorenz Caffier. Aber die größte politische Herausforderung war für ihn, "dass die Erwartungen aus der Wendezeit nicht so schnell verwirklicht werden konnten, wie es sich viele erhofft hatten".

**Walter Goldbeck** war Fraktionsvorsitzender der FDP. Er findet es durchaus beachtenswert, dass die Koalition mit der CDU trotz aller Belastungen gehalten hat. "Es ist uns gelungen, das Parlament stets arbeits- und regierungsfähig zu halten." Angesichts der zu bewältigenden Aufgaben hätte sich die Politik

Fotos: Andreas Frost



Walter Goldbeck, von 1990 bis 1994 Vorsitzender der FDP-Fraktion

gegenüber dem Wähler auch gar keine großen politischen Krisen erlauben dürfen. "Wir haben alle wichtigen Gesetze verabschiedet, die den Strukturwandel und die Angleichung an die Bundesrepublik ermöglicht haben und wir haben eine Verfassung verabschiedet, die im Wesentlichen noch heute gilt." Zugegebenermaßen seien nicht alle Probleme bewältigt worden, etwa eine zufriedenstellende Lösung für die Werften zu finden.

Die Koalition mit der CDU hatte so manche Hürden zu nehmen, so Goldbeck. Offen ausgetragen wurde der Zwist um die Rundfunk-Landschaft. Ministerpräsident Alfred Gomolka (CDU) warb für den Aufbau einer Nordostdeutschen Rundfunkanstalt (NORA) für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Durchgesetzt hat sich das auch von der FDP favorisierte Modell, dass Mecklenburg-Vorpommern dem NDR beiträgt.

Da der Abgeordnete Klaus Gollert Sozialminister wurde, lastete die Landtagsarbeit der FDP auf den Schultern von nur drei Fraktionsmitgliedern. "Wir haben uns die Themen gut aufgeteilt", berichtet Goldbeck, "aber für uns war eine hohe Präsenz im Schloss notwendig, um auf den Fluren die nötigen Absprachen treffen zu können". Aus Goldbecks Sicht waren damals alle Abgeordneten sehr fleißig, auch die der Opposition. Goldbeck: "Was wir als Regierungskoalition erarbeitet hatten, musste die Opposition ja auch ablehnen."



Gottfried Timm, von 1990 bis 1994 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

**Gottfried Timm**, der in der ersten Legislatur Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion war, erinnert daran, dass die knappe Mehrheit der CDU/FDP-Koalition von 34 der 66 Stimmen aus Sicht der Sozialdemokraten eine "falsche" Mehrheit war, was den Ehrgeiz und die Stimmung in der oppositionellen SPD in den vier Jahren durchaus geprägt habe. Nachdem er ein Direktmandat in Rostock errungen hatte, gab Wolfgang Schulz sein SPD-Parteibuch zurück und verhalf den Christdemokraten und Liberalen seit der konstituierenden Sitzung des Landtags zu der entscheidenden Mehrheitsstimme. Später trat er zur CDU über, wurde zum Parlamentarischen Staatssekretär

und zum Bürgerbeauftragten ernannt. "Und wenn die Grünen im Parlament gewesen wären, hätten wir eine andere Regierung gehabt", glaubt Gottfried Timm. Die Stimmanteile für Bürgerbewegte und Grüne addierten sich bei der Landtagswahl zu mehr als neun Prozent. Neues Forum, Grüne und Bündnis90 waren jedoch getrennt angetreten und jede für sich an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert.

Die erste Legislatur wurde laut Timm von den grundlegenden Entscheidungen für die Zukunft des Landes geprägt. Das Schulgesetz zum Beispiel orientierte sich am konservativen, dreigliedrigen Schulsystem in Bayern und



Wegweiser am Haupteingang, 1991



Bau-Stilleben, Schlosshof 1989

Fotos: Uwe Simmecker



Foto: Andreas Frost



Caterina Muth, von 1990 bis 2002 Mitglied des Landtages MV, von 1994 bis 1999 Vorsitzende der PDS-Fraktion

wurde von der CDU selbst gegen die Wünsche der FDP durchgesetzt. Die erste Kreisgebietsreform hingegen, so berichtet Gottfried Timm, wurde auch von der SPD mitgetragen, weil sie im Vorfeld daran mitarbeiten konnte. Aus der Vielzahl der politischen Themen stachen für ihn jene heraus, mit denen sich im Landtag drei Untersuchungsausschüsse befassten: Die Werftenpolitik, die Eskalation in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 und die umstrittenen Verträge rund um die große Sondermüll-Deponie Ihlenberg bei Schönberg. Zahllose Betriebsschließungen und die grassierende Arbeitslosigkeit haben den Landespolitikern ihre Ohnmacht gezeigt. Die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wurde in Bonn bestimmt"

Als Opposition hat die SPD, so Timm, durchaus daran gearbeitet, es der Regierungskoalition schwer zu machen. "Aber je mehr es kriselte, desto enger wurden dort auch die Reihen geschlossen." Trotz aller Differenzen mit der Koalition auf der einen und mit der LL/PDS auf der anderen Seite, sei der Umgang miteinander menschlich geblieben. "Wir haben uns nicht bekriegt. Wir haben versucht, uns gegenseitig zu verstehen."

**Caterina Muth** war 32 Jahre alt, als sie 1990 als jüngste Frau in den Landtag einzog. Sie hat den harschen Ton gut in Erinnerung, der seitens der anderen drei



Foto: Jens Büttner

Am 26.10.1990 leitete Rainer Prachtl als neu gewählter Landtagspräsident die erste konstituierende Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

### Wahlergebnis Oktober 1990

| Partei       | Wahlergebnis | Mandate lt. Stimmenanteil | Mandate Ende der Legislatur |
|--------------|--------------|---------------------------|-----------------------------|
| CDU          | 38,3         | 29                        | 30                          |
| SPD          | 27,0         | 21                        | 19                          |
| LL/PDS       | 15,7         | 12                        | 11                          |
| FDP          | 5,5          | 4                         | 4                           |
| fraktionslos |              |                           | 2                           |

Faktionen oft gegenüber der Fraktion Linke Liste/PDS im Plenum angeschlagen wurde. Caterina Muth war über den Demokratischen Frauenbund auf diese Liste gekommen. "Wir haben alles an die Backe geschmiert bekommen, was in der DDR schief gelaufen war", erzählt sie. "Da schwang der Vorwurf mit: "Und nun sitzen die schon wieder hier." Das habe sie "immer sehr irritiert", denn manche Abgeordnete der anderen Fraktionen hätten doch selbst in der DDR verantwortungsvolle Rollen gespielt. "Aber nun hatten sie sich rein gewaschen und der Kübel wurde über uns ausgegossen." Angesichts dieser Grundstimmung im Landtag war es nahezu ausgeschlossen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse vor einer Neuwahl des Landtags ändern würden.

Trotz des harten Umgangstons hat Caterina Muth die erste Legislaturperiode positiv in Erinnerung. Es hat ihr Spaß gemacht, sich in ihr bis dato unbekannt Themen zu vertiefen. "Wir mussten

neue Gesetze erarbeiten, ohne eigene – bundesrepublikanische – Erfahrungen in der Materie zu haben." Sie hat, wie sie berichtet, sehr viel über die Struktur, den Verwaltungsaufbau und den Föderalismus der Bundesrepublik während dieser vier Jahre gelernt. "In den Ausschüssen wurde auf hohem Niveau fachlich gearbeitet. In der Sache waren wir unterschiedlicher Meinung, aber der Ton war über die Fraktionsgrenzen hinweg fair. Das war kein gehässiges Gekloppe." Das habe auch für die Zusammenarbeit im Ältestenrat und mit den Ministerien gegolten. Wie die Dinge laufen, sagt Caterina Muth, hänge ja häufig von den handelnden Menschen ab. Und nach 30 Jahren, "da erinnern wir ja gern erst einmal das Anekdotische."

**Andreas Frost**

Foto: Cornelius Kertler



▶ Bühne frei für „Die Schildbürger“. Im Innenhof des Schweriner Schlosses wurde intensiv geprobt, so dass ab 12. Juni die Aufführungen stattfinden können. Das amüsante Sommertheater erzählt von den Bürgern von Schilda, die schwer unter ihrer Weisheit leiden. Da ihre Klugheit und ihr Erfindungsreichtum stark gefragt sind, können sie nicht in Ruhe leben. Da hilft nur eins: sich blöd stellen. Mit Witz und Aberwitz gehen sie dabei bis an die Schmerzgrenze: vom 12. Juni bis zum 10. Juli im Innenhof des Schweriner Schlosses.

Lang hat es gedauert bis die Temperaturen gestiegen sind, so dass sich auch die Bienen am Schweriner Schloss wohlfühlen. Am 2. Juni war es so weit: Drei neue Bienenvölker mit jeweils bis zu 40.000 Bienen sind mit Hilfe der Imker Dr. Mirko Lunau (li.) und Stefan Dietrich auf der Nordbastion des Schlosses „eingezogen. Hier sind sie geschützt abseits der öffentlich zugänglichen Bereiche mit kurzem Weg zu den Blumen des Burggartens. Ein weiteres Bienenvolk steht auf dem Dach des Schlosses. Mit der Ansiedlung von Bienenvölkern im Bereich des Schweriner Schlosses will der Landtag MV seit 2017 auf die Bedeutung der Bienen für das Ökosystem aufmerksam machen und einen Beitrag zu mehr Artenvielfalt leisten.

Foto: Landtag MV



▶ Am 17. Mai erstrahlte das Schloss ungewöhnlich bunt in Regenbogenfarben. Anlass dafür war der IDAHOBIT, der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit. Dieser findet seit 2005 jährlich statt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte am 17. Mai 1990 offiziell Homosexualität als Krankheit gestrichen, zeitgleich wurde in Deutschland der Paragraf 195, der Homosexualität unter Strafe stellte, aus dem Gesetz gestrichen.

Foto: Jens Büttner

